

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 75 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, den 15. September 1933

Chefredakteur: M. Braun

Der Deutsche zeigt sein angeborenes Talent selbst im Verkehrten, es nicht verlassend, sondern ausbildend bis zur vollkommenen Erscheinung seiner Nichtigkeit. Die Ausartung aller Höhen und Erhabenen, die Erlöschung desselben bis auf den Begriff selbst in weltlichen Geschäften und Dingen, ist ein Beweis mehr von seiner Konsequenz. Daher haben hier verderbliche Grundsätze auch weit verderblicher eingewirkt und in der Tat die ganze Masse der Nation verkehrt, wie ein wenig Sauerteig eine ganze Masse säuert.

Schelling.

Bettelzüge durch Deutschland

Neulich schrieb ein großes ausländisches Blatt, das der deutschen Reichsregierung mindestens neutral gegenübersteht, die Deutschen händen jetzt in ihrem Wirtschaftskampfe etwa bei 1915. Im Kriege hätten sie noch jahrelang Widerstand geleistet, weil sie im Gegensatz zur übrigen Welt nicht wußten, daß die Entscheidung längst gegen sie gefallen war. Dadurch sei für Deutschland und die übrigen Kriegsführenden noch viel Unheil angerichtet worden. Auch jetzt wußten die Deutschen ihre wahre Lage nicht. Auf 1915 werde aber 1918 folgen.

Es geschieht jetzt in Deutschland vieles, was an 1915 erinnert:

Die wirtschaftliche und politische Abgrenzung von fast der ganzen übrigen Welt und der dem Volke vorgereichte und von großen Massen gläubig hingegenommene Bahn, Deutschland könne sich allein helfen und sich gegen die übrige Welt allein behaupten. Dazu kommen wachsende Tenerung und einseitigen jaghaft einsetzende Inflation, die von den meisten so wenig bemerkt wird, wie einst im Jahre 1915. Ferner eine unter schärfster Zensur stehende Presse, die alles Ungünstige fortlassen muß, um die Stimmung nicht zu verderben und den „Burgfrieden“ nicht zu stören, und nun ist zu allem auch die in bester Erinnerung stehende „Kriegsanleihe“ wieder aufgetaucht. Das ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen. Wir meinen mit dieser neuen „Kriegsanleihe“ das große Winterhilfswerk für das Reichskanzler und der Reichspropagandaminister loben große Sprüche geredet haben. Der „Burgfrieden“, der jetzt „nationale Solidarität“ heißt, feiert noch einmal seine Triumphe. Den Straßendettel und die Brieflotterie und sogar das Eintopfgericht hat er wieder hervorgeholt. Nur die Steckrüben und das Dörrgemüse fehlen noch; sie bleiben einstweilen in Reserve, denn wir schreiben ja erst 1915.

Ein Sonntag in jedem Monat soll den Hilfsbedürftigen gewidmet sein. In diesem Tage soll jeder Deutsche nur ein Eintopfgericht im Werte von höchstens 30 Pfennig pro Person zu sich nehmen. Das an Braten und Pudding ersparte soll der allgemeinen Sammlung zuziehen. Freilich darf man dabei nicht vergessen, daß nur eine Minderheit des Volkes in der Lage ist, für eine Mahlzeit 30 Pfg. pro Person aufzuwenden. Allzuviel kann die Bettelerei nicht bringen. Man muß also andere Quellen erschließen. Das geschieht ganz im Stille der Kriegsanleihe durch Zwangs- und Kellamezeichnung von ardhieren Summen.

Nur mit dem Unterschiede, daß weder Zinsen noch Rückzahlung versprochen wird, aber man weiß ja allgemein, daß das auch bei der Kriegsanleihe zu Effig wurde.

Die erste Liste für das Winterhilfswerk sieht so aus:

1. RSDAP, Reichsleitung München 100 000 Reichsmark, 2. Verlag des „Völkischen Beobachters“, Zentralverlag Franz Eber Nachf., München, 100 000 Reichsmark, 3. Gau Groß-Berlin der RSDAP, 50 000 RM, 4. Gau München-Oberbayern der RSDAP, 50 000 RM, 5. Kreis- und Ortsgruppen des Gaues Groß-Berlin der RSDAP, 100 000 Reichsmark, 6. Daimler-Benz A.G., Stuttgart-Untertürkheim, 50 000 RM, 7. Reichskreditgesellschaft A.G. und deren Schwesterunternehmen 30 000 Reichsmark, 8. Commerz- und Privatbank A.G., Berlin, 30 000 RM, 9. Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Berlin 30 000 RM, 10. Dresdener Bank, Berlin, 50 000 RM, 11. Deutsche Arbeitsfront 200 000 RM, 12. Vereinigte Glasstofffabriken Elberfeld 50 000 RM, 13. F. G. Farbenindustrie 1 Million RM, 14. Bayerische Motorenwerke 50 000 RM, 15. Bayerische Stickstoffwerke München-Berlin 50 000 RM, 16. Viktoria Feuerversicherungsgesellschaft, Berlin, 50 000 RM. Es sind somit bereits am ersten Tag über zwei Millionen RM. für das große soziale Hilfswerk der Reichsregierung gespendet worden. Mehrere Großunternehmen, die mit ihren Schwesterfirmen zusammen genannt werden wollen, haben bereits heute für den morgigen Tag gleichfalls größere Summen angezeigt.

Sieht man genauer hin, so findet man: die RSDAP gibt einen kleinen Teil der Beiträge wieder her, die sie vorher den Massen abgenommen hat. Die Banken stiften einen winzigen Prozentsatz der Stützsummen, die ihnen aus Reichsmitteln zugeflossen sind und die Automobilindustrie zeigt sich unter gelindem Druck mit dem Bruchteil eines Prozentes erkenntlich für die Auftragszuweisungen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm, aus öffentlichen Mitteln. Die Bayerischen Stickstoffwerke eröffnen den Reigen der aus Reichskassen gespeisten Nahrungindustrie, deren Hauptspender wohl noch anzutreffen werden. Man sieht, die Nehmlichkeit mit dem Reichen für die Kriegsanleihe ist frappant und wird sich noch deutlicher zeigen.

Wir sagen nichts gegen die Solidarität mit den Armen, wo sie sich in wirklicher Hilfsbereitschaft zeigt. Hilfsbereite Menschen werden sich auch im jetzigen Deutschland massenhaft finden. Noch immer hat der Minderbemittelte am meisten für seine noch ärmeren Volksgenossen übrig gehabt. Caritativ betrachtet ist der Wille des Hilfswerts anerkennen, und wir wünschen den Sammlungen besten Erfolg.

Anderer sieht es mit der wirtschaftlichen Betrachtung. Da ergeben sich folgende Schlüsse:

1. Reich, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung und private Fürsorge sind nicht mehr in der Lage, die Millionen der Krisenopfer aus regulären Mitteln vor dem Verhungern zu schützen. Die Lage muß also allgemein sehr schlecht geworden sein und die Zahl der Unterstützungsberechtigten viel größer als bisher, was die Siegesberichte aus der Arbeitslosigkeit, die ohne hin kein Kundiger glaubt, öffentlich Lügen straft.

2. Mit Bettelpennungen, auch wenn sie durch zahlungskräftige Geber und durch die Spenden großer Massen zu Millionen Mark werden, kann man zwar viele Portionen Suppen kochen, aber für die deutsche Wirtschaft ist das bedeutungslos. Weber ergibt sich eine Steigerung der Kaufkraft, noch eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Der öffentliche Bettel, so wohlwollend man ihn ethisch beurteilen mag, ist ein Zeichen wirtschaftlichen Tiefstandes, die Unmöglichkeit der Wirtschaft, durch Arbeit und Lohn die jetzt noch Erwerbslosen über den Winter zu bringen.

Der ganze „Sozialismus“ des „dritten Reichs“ besteht in einer ins Riesenhafte wachsenden Organisation für die öffentliche Bettelerei. Das nennt der Propagandaminister „Not- und Freigemeinschaft“ und eine „beglückende Wirksamkeit“. Unter dem Zeichen des Bettelbrot soll die Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ verewirlicht werden. Diejenigen aber, die diese Parolen dem deutschen Volke zumuten, fahren in den teuersten Wagen Europas vor und genießen die höchsten Ministergehälter, Staatsräte- und Parlamentärsdiäten, die einem armen Volk abgepreht worden sind.

„Sozialismus“ ist nicht Bettelerei der Armen bei den Reichen. Er ist nicht eine elende Teilerei zwischen Reichen und Armen in dem Sinne, daß ein paar Prokamen für die da unten abfallen. Der Sozialismus ist nicht der arme Lazarus, der mit Schwären vor den Türen der Reichen liegt. Sozialismus ist gemeinnützige Organisation der Erzeugung und Verteilung der Güter, die überreich in Deutschland und in aller Welt produziert werden können, wenn die kapitalistische Wirtschaftsanarchie überwunden wäre. Und dieses gewaltige Menschheitsziel wollen die Göbbels und Hitler durch Straßendettel aufhalten? Sie werden sich noch wundern. Nicht die Bettelerei, sondern die leuchtenden Fahnen sozialistischer Gemeinschaft werden Deutschland in ein neues Reich führen.

Die Arrivierten

12 000 Mark pro Mann

Gleichzeitig mit dem Beginn der Winterbettelerei wird das Programm der feierlichen Einführung des preukischen Staatsrates bekanntgegeben. Es zeigt deutlich, daß Ministerpräsident Göring sich bemüht, die Reichstagsauflösung im März möglichst zu kopieren, damit er nicht gegen den Reichskanzler zu sehr in den Hintergrund tritt: Glockengeläute, Parade, Fahnenweihe, Standartenabholung, Ausstellung von „Ausfahnen“, Vorbeimarsch, Kranzniederlegung am Denkmal Friedrich des Großen, Festreden, Festoper (Hilfsgerecht: „Lohengrin“), Schulfeier Tag und arbeitsfrei für alle Staats- und Gemeindebeamten, damit sie an dem Festakt wenigstens durch den Rundfunk sich erbauen können.

Diese großartige und kostspielige preukische Feier in Zeiten des angeblich durch die Reichsstatthalter längst vollzogenen Einheitsstaates. Man sollte die Staatsräte mit ihren 12 000 Mark jährlichen Schweigegeldern, die Reichsstatthalter mit ihren Ministergehältern, den ganzen Troß der nationalsozialistischen Pfänder in anderthalb Duzend deutschen Ländern von der Staatskrippe entfernen. Das wäre ein wirklich guter und erfreulicher Akt des Winterwerks.

Dämliche Wohltätigkeitstees

Zum Besten ihrer Wohltätigkeitsarbeit veranstalteten die verbündeten Vereine für Mittelstandsfürsorge im Modetheater, Tiergartenstraße 15, einen Tee-Empfang. Die Vorsitzende, Frau Anna Charlotte Lindemann, begrüßte die Frau des Justizministers Kertel, die Frau des Generalmusikdirektors Kleiber, die Turnierreiterin Frau von Weder, Gräfin von Degenfeld, Baronin von Hohenberg und Frau Dr. Piccard. In hübschen, mit Herbstblumen und echtem Porzellan geschmückten Teetischen sah man beifammen und ließ eine Modeschau an sich vorüberziehen, die ein überflüssiges Bild deutschen, modeschöpferischen Könnens bot.

„Bewaffneter Aufstand“

D. F. Der Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen hat ein Buch mit dem Titel „Bewaffneter Aufstand“ erscheinen lassen, das aus Propagandamitteln des Reichs bezahlt wird und in viele Sprachen übersetzt werden soll. Sein Zweck ist, nachzuweisen, daß die Brandstiftung im Reichstagsgebäude von den Kommunisten verursacht worden ist, um einen bewaffneten Aufstand einzuleiten. Um es gleich vorweg zu nehmen: in dem Buche ist trotz aller scheinbaren Enthüllungen nicht ein einziges Dokument, das die Kommunisten mit dem Verdacht der Brandstiftung belastet und führende Männer des Reichs, insbesondere Herrn Göring, von der Beschuldigung entlastet, die Urheber des Reichstagsbrandes zu sein.

Es werden eine Reihe von Polizei- — also Spitzelberichten über Sitzungen einer „heimlichen Kampfleitung“ und ähnlicher Gruppen mitgeteilt, die dartun sollen, daß die K. P. ausgerechnet für Ende Februar oder Anfang März den bewaffneten Aufstand geplant habe. Diese sämtlichen Berichte sind reichlich ungenau und apokryph. Bemerkenswerter sind die Teile des Buches, die mehr oder minder parteiamtliche Rundgebungen der KPD zusammensetzen, aber sie bringen nichts Neues, denn die KPD hat nie verheimlicht, daß sie ihre Ziele durch den bewaffneten Aufstand erreichen will. Um das zu erreichen, brauchte man keine Spitzel und kein Enthüllungsbuch. Solche Erklärungen stehen massenhaft in der legalen kommunistischen Literatur und sind duzenfach von den Parlamentaristebünen und auch in Versammlungsreden von allen kommunistischen Führern abgegeben worden.

Man darf auch als wahr unterstellen, daß sich die KPD organisatorisch und technisch auf den bewaffneten Aufstand vorbereitet hat. Bei der Unzuverlässigkeit vieler kommunistischer Funktionäre und der Durchsetzung des Apparates mit Spitzeln konnte diese gar nicht geheim bleiben. Funde von Waffen und Sprengstoffen sind nicht selten bei Verhaftung von Kommunisten gemacht worden. Solche Funde gab es aber, wie aus zahlreichen Prozessen bekannt ist, auch bei den Rechtsorganisationen, die terroristische Politik betrieben.

Somit das Buch „Bewaffneter Aufstand“ wirklich echtes Material der Kommunisten bringt, beweist es, daß sich die Kommunisten im Februar dieses Jahres nicht im Angriff, also nicht im Stadium eines nahen kommunistischen Aufstandes bewegten, sondern in der Verteidigung gegen faschistische Terrorakte. Das ist nach dem gegenseitigen Kräfteverhältnis ganz klar. Im ganzen Reich hatten damals schon die SA- und SS-Formationen das Vielfache der Mitgliederzahl der antifaschistischen kommunistischen Kampforganisation. Daß sich die Kommunisten strategisch in der Verteidigung wußten, zeigt deutlich ein in dem Buche als besonders beweiskräftig herangezogener Aufruf der KPD-Führung Mittelrhein.

„An alle NS-Leitungen! An alle Instanzente von Groß-Rhein! Alarm im ganzen Bezirk Mittelrhein! Alarm in ganz Deutschland! Alarm an jeder Werkbank, in jedem Arbeitsamt, in jedem Büro! Antifaschisten am Mittelrhein! Jetzt nicht gefascht! Wir Kommunisten schlagen vor: in den nächsten Tagen überall und unverzüglich zu gemeinsamen Betriebskomitees und Häuserblock-Versammlungen zusammenzutreten. Wir schlagen vor: gemeinsame Antifaschistische Aktionskomitees in allen Betrieben und in allen Häuserblockvierteln. Angesichts des Göringischen Schieberlasses gegen das Proletariat proklamieren wir das wehrhafte Massen- und Notwehrrecht gegen den faschistischen Terror. Wenn sie anrücken, bringt die Jüge zum Stehen mit allen Mitteln! Haltet die Lastwagen auf! Verbindert die Automobiltransporte! Reißt das Strakenpflaster auf! Legt Bäume über die Marschstraßen! Dandeln erfordert das Gebot der Stunde!

Dieser Aufruf ist deshalb wichtig, weil er aus einem Gebiete stammt, das nach den Behauptungen des Buches mit dem Aufstand beginnen sollte: der entmilitarisierte Zone. Der Aufruf mobilisiert zur Abwehr gegen eine nationalsozialistische Offensive. Er propagiert den „Massenelbstschutz“, wie damals das kommunistische Schlagwort hieß.

Kennzeichnend für die Fantasien des Enthüllungsbuches ist die Behauptung, die geheime Leitung des bolschewistischen Aufstandes sollte in Dürren und in Krefeld sein. Das sind ganz überwiegend katholische Städte, in denen die Kommunisten eine ohnmächtige Minderheit der Bevölkerung bildeten, wie die Kommunisten überhaupt im größten Teil der entmilitarisierten Zone organisatorisch besonders schwach waren. Nur vollendeter Irrsinn.

der immerhin bei den kommunistischen Führern nicht zu beobachten war, hätte zum Loschlagen gerade auf dem linken Rheinufer veranlassen können.

In Wahrheit konnten die Kommunisten im Februar an eine bewaffnete Aktion überhaupt nicht denken. Die Situation war für sie so ungünstig, wie nur möglich. Die ganze Staatsmacht war in den Händen ihrer Gegner, denn Hitler war ja schon seit Wochen Reichskanzler, Reichswehr, Schupo, SA und SS, „Stahlhelm“ und alles, was es sonst noch an längst bewaffneten Organisationen antibolschewistischer Art gab, stand bereit, um jede kommunistische Erhebung innerhalb Minuten blutig zu ersticken. Die Kommunisten hatten auch in der Bevölkerung nur wenig hinter sich. Ihre Wählerschaft betrug etwa ein Achtel der erwachsenen Deutschen. Die Partei stand also einer gegen acht, und dabei waren bei den Wahlen auch noch die ganze bewaffnete Macht des Staats, der ganze tiefenhafte Staatsapparat. Zu unterstützen ist schließlich, daß kommunistisch wählen natürlich noch lange nicht bedeutet, für den Kommunismus mit der Waffe in der Hand zu kämpfen.

Die KPD war selten in einer so ungünstigen, ja hoffnungslosen Lage wie im Februar d. J. Das Ringen zwischen Faschismus und Bolschewismus war längst zu Gunsten des Faschismus entschieden. Die faschistische Reichsregierung brauchte nur noch eins: ihre tatsächliche Macht durch ein Plebiszitt zu legalisieren. Sie mußte fürchten, am 5. März bei den Reichstagswahlen in eine Minderheit gebracht und somit abhängig zu werden von den Parteigruppen der Mitte, insbesondere vom Zentrum, dessen Kraft sie damals zu Unrecht noch hoch einschätzte.

In dieser Lage rief die Reichsregierung das alte Mittel des Bürgerkriegs gegen das rote Gespenst zu Hilfe. Um es besonders grausig erscheinen zu lassen, wurde der rote Fahnen auf das Dach des Reichstagsgebäudes gesetzt. Jeder Unterrichtete mußte und weiß, daß der Brand des Reichstagsgebäudes in einer Zeit, in der die Regierung ohne jeden Widerspruchsmöglichkeit der Opposition alle Propagandamittel, insbesondere den Rundfunk, gegen ihre Feinde spielen ließ, auf die Wählerschaft nur antikommunistisch, antimarxistisch überhaupt wirken konnte. So ist es auch gekommen. Der Reichstagsbrand ist von denen verursacht, die am 5. März sich „legal“ in der Macht bestärkten und alle Gegner mit brutaler Gewalt unterdrücken wollten.

Die Kommunisten und ihre ungezählten Polizeispiegel haben freilich ihren Gegnern im Laufe der Jahre mancherlei Material geliefert, das jetzt zur Vernebelung benutzt werden soll. Die politische Lage im Februar und die ganze Art der Brandstiftung bleiben aber deutlich genug, um die nationalsozialistische Brandstiftung klar beleuchtet zu lassen.

Rußland und die Nazis

Röln, 13. September.

Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ teilt mit, daß die Velleidbrüder, die Ministerpräsident Göring nach der neuerlichen Flugzeugkatastrophe an die Sowjetregierung geschickt hatte, in der deutschen Zeitung von Moskau keine Erwähnung gefunden haben, während die des Reichshaus Balbo und des polnischen Luftfahrtministers Butkewitsch im vollen Wortlaut veröffentlicht wurden.

Auch ein Bildchen: Der gewaltige Bolschewistenfeind Göring, der in Deutschland die Bolschewisten foltern und töten läßt, telegraphiert die russischen Bolschewisten an, weil ein paar ihrer Funktionäre verunglückt sind. Die Bolschewisten aber werfen das Telegramm in den Papierkorb, wenn sie nicht sonstige Verwendung dafür hatten.

Dumme Neugler

Die saarländische Regierungskommission und wir

Die prohitlerische und darum antideutsche Presse an der Saar macht immer wieder den albernen Versuch, uns als von der Regierungskommission gehänselt hinzustellen. Dieser Tage hat die Regierungskommission an die Lokalzeitungen des Saargebietes als Auflagenachricht eine „Amtliche Rundgebung der Regierungskommission“ gegeben, die sich gegen ein zum Boykott französischer Schulen aufforderndes Flugblatt richtete: „Deutsche Väter — Deutsche Mütter“.

Man fragt die „Saarbrücker Zeitung“ in sensationellem Druck an der Spitze ihres Blattes die Regierungskommission, warum wir diese Auflagenachricht mit der Ueberschrift „Schulterror“ bringen durften, statt mit der amtlich vorgeschriebenen Ueberschrift.

Die Antwort ist sehr einfach: weil uns diese Auflagenachricht überhaupt nicht zugegangen ist, wahrscheinlich weil uns die Regierungskommission mit Recht nicht zu den Lokalzeitungen rechnet. Wir haben die Rundgebung der Regierungskommission aus anderen Blättern übernommen und haben selbstverständlich das Recht, die Ueberschrift zu wählen, die uns treffend zu sein scheint.

Wir begreifen durchaus, daß sich die unter dem Kommando und der Zensur von SA-Analphabeten stehende Redaktion der „Saarbrücker Zeitung“ den freien Entschluß einer unabhängigen Redaktion nicht mehr vorstellen kann. Es war aber wirklich nicht nötig, daß das Blatt dieses Armutszeugnis öffentlich bekundete. Als deutsche Journalisten bedauern wir, daß sich eine deutsche Zeitung so vor der fremden Regierungskommission bloßstellte. Wir können nur hoffen, daß die ausländischen Herren der Regierungskommission sich einen besseren Eindruck von der deutschen Journalistik bewahren, als er ihnen täglich von der „Saarbrücker Zeitung“ gegeben wird.

Das Neueste

Marshall Petain hat mit mehreren Generalstabsoffizieren die neuen Befestigungsanlagen der Gegend von Diedenhofen besichtigt.

Der Stellvertreter des „Führers“ weist nochmals darauf hin, daß das Tragen von Braunhemden für vorübergehend im Ausland befindliche Nationalsozialisten ohne Genehmigung der Reichsleitung verboten ist.

Dem Gauleiter der NSDAP in Tirol ist die Landesbürgererschaft von Tirol aberkannt worden. In Hamburg wird es künftig neben dem regierenden Bürgermeister nur noch fünf, statt bisher 12 Senatoren geben, die sämtlich von der NSDAP gestellt werden.

Österreichs schwarzer Faschismus

Starhemberg will Verbot der Sozialdemokratie

Um Wien

Wien, 12. Sept. Vor dem Starhemberg-Denkmal hielt der Führer der österreichischen Heimwehr, Fürst Starhemberg, eine Ansprache an Bundeskanzler Dollfuß, in der er erklärte, die Heimwehr erwarte Großes vom Bundeskanzler. Er habe eine konkrete Bitte an die Regierung. In diesen Tagen sei das christliche und bodenkundige Volk auf die Ringstraße gegangen und habe sich zur Idee des neuen Österreichs bekant. Für diese Wiener müsse es unerträglich sein, daß im Wiener Rathaus noch Bolschewisten sitzen, die Wien beherrschen. Starhemberg forderte Bundeskanzler Dollfuß auf, diejenigen hinauszuweisen, welche im Stadtparlament sitzen. Das Jahr 1933 mühe zur Befreiung Wiens von dieser Gefahr werden. Die Heimwehr sei bereit, mit ihrem Leben für diese große Leistung einzutreten.

Wien wird nicht von „Bolschewiken“, sondern von den Sozialdemokraten beherrscht. Starhemberg will wie früher schon die gewalttätige „Befreiung“ Wiens von den Sozialdemokraten. Er will die Annullierung der sozialdemokratischen Mandate und das Verbot der Sozialdemokratie.

Italien als Vorbild

Im „Echo de Paris“ vom 12. Sept. schreibt Vertinax: ... Kurz, auch Oesterreich nimmt eine Wendung zum Faschismus, aber zu einem Faschismus, der mehr das italienische als das Deutsche Vorbild nachahmt und den Verhältnissen des Landes und dem Charakter des Kanzlers wirklich angepaßt ist.

Das Lebensinteresse des unabhängigen Staats Oesterreichs ist unvereinbar mit der rücksichtslosen Anwendung der bestehenden Verfassung, mit der dauernden Tätigkeit des Parlaments und mit neuen Wahlen. Das ist schon längst bewiesen worden. Vor einigen Monaten wünschte Paul-Boncour, als guter Demokrat, daß Oesterreich im Herbst sein veraltetes Parlament wieder einberufen solle und daß die rechtmäßigen Einrichtungen nicht beseitigt würden. Der neue französische Gesandte in Wien mußte ihn ernüchtern. Man kann sich leicht vorstellen, was gegenwärtig

Neuwahlen bedeuten. Die Nazis würden mit vollen Händen aus den Kassen des Reichs schöpfen, um ihre Propaganda übermächtig zu gestalten. Paul-Boncour besteht nicht mehr auf seine Idee.

Die werden sich die Sozialisten gegenüber den Neuerungen verhalten, die der Kanzler Dollfuß angekündigt hat. Keulich hat Otto Bauer, wie es scheint, die Notwendigkeit einer Annahmeregierung anerkannt. Es ist also wahrscheinlich, daß die trotz ihrer parlamentarischen Stärke — sie besitzen 72 von 185 Abgeordneten — sich ruhig verhalten werden. Jedenfalls verbietet ihnen die Lage im Reich, von dort irgendwas zu erhoffen. Man kann sogar annehmen, daß sie sich auch dann hüten würden, die Aufgabe des Kanzlers durch eine aktive Opposition zu erschweren, wenn sich ihrer wahren Interessen wenig bewußt wären. Eine Kathartische der Regierung Dollfuß würde die Wege zum Anschlag ebnen.

Die ernsthafteste Gefahr ist, daß der schwarze Faschismus Oesterreichs, wie gewöhnlich, vorsichtig und vernünftig er auch sein mag, auf die Dauer den braunen Faschismus vorbereitet. Im Grunde hängt unter den gegenwärtigen Umständen die Selbständigkeit der kleinen Republik vom Kanzler Dollfuß ab, von der Dauer seiner Regierung und vor allem auch von der blinden Wut der Hitlerleute. Wenn diese Wut von einziger Einsicht begleitet wäre, wenn die Führer der außenpolitischen Aktion des „dritten Reichs“ stark genug wären, um den nationalsozialistischen Hauptlingen ein Kompromiß aufzuzwingen und im allgemeinen ihre Gewalttätigkeiten zu mildern, so würden die beiden Länder schließlich zu einer starken Annäherung gelangen und eine Angleichung könnte beginnen. Glücklicherweise sind wir noch nicht so weit.

Um Oesterreich wirklich unabhängig zu erhalten, um sein Abgleiten zum Reich aufzuhalten, wäre ein Bund der Donauraumstaaten unentbehrlich. Aber man muß sich eingestehen, daß wir von diesem Ziele noch weit entfernt sind. Gegenwärtig ist Oesterreich unter dem Einfluß Italiens. Es ist zu fürchten, daß eine österreichisch-ungarische Annäherung den Graben zwischen Wien und Budapest auf der einen Seite und Prag, Belgrad und Bukarest auf der anderen Seite verbreitert, und daß die österreichisch-ungarische Gruppe schließlich Deutschland um Unterstützung gegen das Slaventum ringsumher bitten muß. Eine solche wirksame Unterstützung würde Italien vielleicht nicht gewähren können. Alles bleibt also schwankend und unsicher.

„Genosse Snyders“ — ein Nazi-Spitzel

Entlarvt und der Pollzel übergeben

Saarbrücken, 14. Sept.

Gestern ist hier ein Nazispitzel gefast worden, der sich bei hiesigen nicht-gleichgeschalteten Stellen als holländischer Sozialist ausgab und einen holländischen Paj vorwies. Er versuchte am Freitag der vorletzten Woche zunächst bei der hiesigen sozialdemokratischen Flüchtlingsstelle und in der Redaktion der „Deutschen Freiheit“ anzukommen. Als er daran durch verschiedene Umstände gehindert wurde, verschwand er für einige Tage nach Straßburg und tauchte Mittwoch vergangener Woche wieder in Saarbrücken auf. Er begab sich in das Parteibüro der S.S.P. zu deren Vorsitzenden W. A. L., bei dem er sich als Flüchtling ausgab.

Während er in der Woche vorher S.P.D.-Leuten gegenüber behauptet hatte, er komme aus einem holländischen Konzentrationslager, gab er bei der S.S.P. an, er habe Holland wegen Verfolgungen seitens der holländischen Faschisten verlassen müssen und wolle sich gern in der S.S.P. betätigen. Die Parteileitung der S.S.P. ging ich ein dar auf diesen Vorschlag ein und beschäftigte ihn einige Tage lang, ohne ihn aus den Augen zu verlieren.

Er behauptete, Gelder zur Verfügung zu haben und wollte für den Druck einer Broschüre 14 000 französische Franken zur Verfügung stellen. In diesem Zweck begab er sich gestern morgen mit dem Vorsitzenden der S.S.P. ans die hiesige saarländische Beamtenbank, wo er von dem verantwortlichen Leiter Sch. a. n. s. sich betätigen ließ, daß er 45 000 Franken zu erwarten habe, die aber noch nicht eingetroffen seien! Er stellte deshalb folgende Quittung aus:

Saarbrücken, 13. Sept. 1933.

An die Saarländische Beamtenbank,
Geschäftsstelle Saarbrücken.

Hiermit erlaube ich Sie, zu Lasten meines Kontos an Herrn Max W. A. L., Saarbrücken, gegen Vorlage dieser Quittung

14 000,— französische Franken

(in Worten vierzehntausend französische Franken zur Auszahlung zu bringen.

Hochachtungsvoll!
(Unterschrift.)

Danach wurde der Spitzel weiter beobachtet und bemerkt, daß er in das Haus eines hiesigen S.N. Führers ging. Dabei muß er beobachtet haben, daß er kontrolliert wurde! Er versuchte, sich zu entfernen, wurde aber von Leuten der S.S.P. dauernd beobachtet.

Inzwischen war durch einen Anruf bei der Beamtenbank festgestellt worden, daß diese

plötzlich nichts mehr mit der Sache zu tun haben wollte, während noch am Morgen ihre Auskunfteieine ganz andere gewesen war.

Es gelang, ihn nochmals ans das Büro der S.S.P. zu locken und dort fand man bei ihm folgendes hochinteressante Dokument:

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Saargebiet

Landesführung Saarbrücken, den 13. Sept.
Groß-Saarbrücken Bahnhofstraße 28
Telefon 2 05 59

An

Pg. Ortsgruppenverbandsleiter Werner
Neunkirchen-Saar, Kaiserstraße.

Herr Josef Snyders, Holländer, holländischer Paj Nr. 191 612, war von mir gegen die S.S.P. eingesehrt. Heute ging die Sache hoch. Ich mußte ihn zurückziehen und von hier verschwinden lassen.

Bitte nehmen Sie sich seiner an, indem Sie für ihn und seine Frau Unterkunft besorgen. Bringen Sie ihn so wenig wie möglich mit den Parteigenossen zusammen, damit er nicht zu bekannt wird. Sie wollen ihn gegen die K.P.D. verwenden, nach einigen Tagen wird der S. nach dem Reich dirigiert werden.

(Stempel)

Nationalsozialistische D.A.P.

Kreis Groß-Saarbrücken

Heil Hitler!
(gez.) R. A. u.

Der Spitzel ist der Polizei übergeben worden und steht seiner Aburteilung entgegen. Es ist zu erwarten, daß hier nicht nur ein Nazispitzel „aufgeflogen“ ist, sondern daß sehr noch ganz andere Herren, die hier aus schwerster kompromittiert worden sind, „aufgeflogen“ werden! Wir werden über den weiteren Verlauf der Angelegenheit laufend berichten.

Die Originaldokumente und der Paj haben uns vorgelegen und die Zeugen sind von uns selbst gehört worden. Wir kommen darauf noch zurück.

Die Hermann-Göring-Straße

Gestern hat man in Berlin in feierlicher Weise die Hermann Göring-Straße eingeweiht. Diese Straße trug bis dahin den Namen des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident und verschiedene Behörden nahmen an der Zeremonie teil. „Es ist nicht nötig, auseinander zu sehen“, erklärte der Staatskommissar Rippert, „warum die Friedrich-Ebert-Straße nunmehr in der Hauptstadt überflüssig geworden ist“. Er feierte die Verdienste Görings, des zweiten Mannes des Reiches. Dann brachen die Sturmabteilungen, die längst der Straße aufgestellt waren, in ein „Heil Hitler“ aus und stimmten das Horst-Wessel-Lied an.

Streit um die Landwirtschaft

Der deutsche nationale Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herr von Noth, wird in den nächsten Tagen seinen Posten verlassen. Der Grund für den Wechsel im Staatssekretariat des Reichsernährungsministeriums liegt in tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche und aktuelle wirtschafts- und agrarpolitische Fragen.

Kommunisten boykottieren nicht

Die schwedischen Kommunisten der Moskauer Richtung (Sillen-Kommunisten) haben beschlossen, an der von den schwedischen sozialdemokratischen Gewerkschaften erklärten Boykottaktion gegen deutsche Waren nicht teilzunehmen. Dieser Beschluß soll auf Initiative der Moskauer Regierung zurückgehen, die sich auch in Zukunft Deutschland gegenüber neutral verhalten wolle.

Fünf Monate

Wegen in einer Versammlung am 19. Juni in Ruppertsberg getaner Neuerungen, die sich gegen das Ansehen der Regierung und der hinter ihr stehenden Verbände richteten, wurde die Geschäftsführerin des deutschen nationalen Landeskrankenversicherungsvereins, Elisabeth Eudenrauch, vom Dortmunder Sondergericht zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Auflösung katholischer Verbände

„Le Temps“ (Nr. 26314) meldet: Der Kardinal Vertinax, der Präsident der Fuldaer Bischofskonferenz empfiehlt den katholischen Verbänden, nicht selbst ihre Auflösung zu beschließen, „wie es, so sagt er, bereits in mehreren Fällen, in Folge eines äußeren Drucks, geschehen ist“.

Der Reichstagsbrand

Der Herr Reichsanwalt auf dem Rückzug: Lubbe allein angeklagt!

Die große Pariser Abendzeitung „Paris-Soir“ bringt eine sensationelle Meldung. Es ist einem ihrer Mitarbeiter gelungen, Einblick in die Anklageschrift des Oberreichsanwaltes gegen die „Reichstagsbrandstifter“ zu erhalten. Aus dieser Akte geht hervor, daß die Reichsanwaltschaft versuchen wird, glaubhaft zu machen, daß von der Lubbe der alleinige Täter gewesen sei. Der junge, halbblinde Holländer soll an der Fassade des Reichstages hochgeklüffelt sein, eine Scheibe eingetreten haben und so ins Innere des Reichstagsgebäudes gelangt, ganz allein mit ein paar Kohlenanzündern das riesige Feuer angelegt haben. Diese Version schlägt den bisherigen Behauptungen der offiziellen deutschen Stellen, daß mindestens zehn Menschen notwendig gewesen seien, um zentnerweise Brandmaterial in den Reichstag zu schaffen, geradezu ins Gesicht. Sie widerspricht ebenso allen bisher abgegebenen Gutachten der deutschen Sachverständigen, daß unmöglich ein Mann allein die vielen Brandherde vorbereitet und entzündet haben könne. Der Untersuchungsrichter Vogt hatte immer wieder erklärt, daß er die Beweise dafür besitze, daß von der Lubbe mehrere Helfer bei der Inbrandsetzung des Reichstages gehandelt habe. Der amtliche preussische Pressedienst schrieb am 1. März:

„Die bisherige amtliche Untersuchung der großen Brandstiftung im Gebäude des deutschen Reichstages hat ergeben, daß allein zur Herbeischaffung des Brandmaterials mindestens sieben Personen notwendig gewesen sind, während die Verteilung der Brandherde und ihre gleichzeitige Entzündung in dem riesigen Hause mindestens zehn Personen erfordert haben muß.“

Von Beginn an also war die Anklage darauf angelegt, eine umfangreiche, lang vorbereitete Verschwörung nachzuweisen.

Beschuldigt fällt jetzt in letzter Minute die Anklagebehörde um und behauptet, daß von der Lubbe allein den Reichstag angezündet habe? Die Gründe für diese sensationelle Schwenkung sind sehr einfach. Es ist nachgewiesen worden, daß in der Tat eine Anzahl von Personen nach sorgfältiger Vorbereitung das Brandmaterial in den Reichstag gebracht und an verschiedenen Stellen zugleich entzündet haben. Diese Brandstifterkolonne hat aber nur durch den unterirdischen Gang vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring in den Reichstag eindringen können. Diese Möglichkeit aber war niemals für Kommunisten, sondern ausschließlich für Nationalsozialisten gegeben. Der Beweis ist lückenlos. Die ganze Welt weiß heute darüber Bescheid, werden Reichstag angezündet hat und aus welchen Gründen diese verbrecherische Provokation erfolgte. Angesichts der Weltöffentlichkeit muß die Anklagebehörde in Leipzig, deren Aufgabe es ist, die Wahrheit zu vertuschen, nicht aber sie zu finden, die Schwenkung vornehmen und alle früheren offiziellen Behauptungen dementieren.

Wird man heute noch wagen zu behaupten, daß Torgler, Dimitroff, Taneff und Popoff an dieser Tat beteiligt gewesen sind, daß sie den Täter angeklagt haben? Wird man es zuwege bringen, der Öffentlichkeit einzureden, daß Torgler den halbblinden von der Lubbe veranlaßt habe, eine Fassade zu erklettern? Die Manöver der vor der Welt entlarvten wahren Brandstifter werden immer verzweifelter. Kein Täuschungsversuch kann heute mehr verhindern, daß die Wahrheit in der Welt bekannt geworden ist und auch in Deutschland selbst schon dämmert.

Die Hauptbelastungszeugen im Leipziger Reichstagsprozeß sind, wie es sich bei den Methoden dieser Justizbehörde beinahe von selbst versteht, ausgesuchte Nationalsozialisten.

Es werden gegen Torgler zeugen: der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Karmahne aus Hannover. Karmahne wurde 1925 aus der Kommunistischen Partei, in der er vergeblich eine Rolle zu spielen suchte, ausgeschlossen. Der zweite Zeuge ist der Fraktionssekretär der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Kreuzer; der dritte ein führender österreichischer nationalsozialistischer Funktionär namens Frey.

Es ist selbstverständlich, daß diese „Zeugen“ als Funktionäre einer Partei, die ein Lebensinteresse daran hat, die Wahrheit über den Reichstagsbrand zu vertuschen, völlig unglaubwürdig sind. Sie werden nur das ausfragen, was ihnen vorher durch das Propagandaministerium einverleibt worden ist. Diese Aussagen werden teils völlig freie Erfindungen, teils völlige Entstellungen und Verdrehungen von Tatsachen sein. Die Öffentlichkeit kann sich darauf gefaßt machen, daß sie von diesen Herren „Zeugen“ die sonderbarsten Schauermärchen zu hören bekommen wird.

Das Pariser Massenmeeting

„Der Mörder und Anstifter ist Göring!“

Paris, 13. September.

Zehntausende waren gekommen, um im größten Saale von Paris, dem „Salle Wagram“, von den beiden berühmtesten französischen Anwälten Moro Giufferi und Torres zu hören, wer den deutschen Reichstag in Brand gesetzt hat. Um sieben Uhr waren die Zugänge zum Saal gesperrt,

Auch die Journalisten, die Pressefotografen wurden düngeweise wieder fortgeschickt, weil nicht ein einziger Mensch mehr in den vollkommen überfüllten Saal hineinging, in dem man die Stühle an die Seite gestellt hatte und stand, Kopf an Kopf. Draußen auf den Straßen demonstrierten Tausende und aber Tausende gegen den „Mörder Hitler“ und für die Freilassung Torglers, Thälmanns und aller Opfer des deutschen Faschismus.

Unter atemloser Stille schilderte Moro Giufferi die Vorgänge: den Reichstagsbrand selbst und die Begebenheiten am Tatort. Er zitierte die ersten amtlichen Verlautbarungen, wonach mindestens zehn Mann an der Brandstiftung beteiligt gewesen sein müßten. Er beschäftigte sich ausführlich mit der Person von der Lubbe, den er als einen „Halbzirren“ kennzeichnete. Er betonte, daß die Behauptung der Ankläger, von der Lubbe habe ein Mitgeltedbuch der Kommunistischen Partei in der Tasche gehabt, erlogen sein müsse, da bewiesen worden ist, daß von der Lubbe bereits 1931 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden ist. Er zerpflückte die Anklagen der nationalsozialistischen Belastungszeugen bis ins einzelne. Er stellte die zahlreichen Widersprüche und Unmöglichkeiten in diesen Aussagen fest. Er zog aus allen juristischen Argumenten und aus der Fülle des vorliegenden Tatmaterialien den Schluß, daß die Angeklagten — mit Ausnahme von der Lubbe — mit dem Brande nicht das Geringste zu schaffen gehabt haben, daß die Anklage konstruiert und voller unwahrscheinlicher Widersprüche sei. Moro Giufferi sagte, daß er als Anwalt spreche, der das Recht erforschen wolle. Daß er nicht aus politischen Gründen, sondern aus dem Grunde des Rechts und der Wahrheitsfindung sprechen müsse, daß die Angeklagten unschuldig seien.

Aber er plädierte nicht nur als Verteidiger, sondern auch als Ankläger. Er stellte fest, daß nach amtlichen deutschen Verlautbarungen vom 1. März die Polizei bereits am 24. Februar davon unterrichtet gewesen sei, daß ein Anschlag auf den Reichstag drohe. Was aber hat Göring getan, um diesen drohenden Anschlag zu verhindern? Er hat, wie festgestellt ist, am 27. Februar dem Kommandeur der verantwortlichen Polizeiwache beauftragt, seinen Mannschaften Urlaub zu geben. Giufferi stellte weiter fest, daß die Täter nur zwei Möglichkeiten hatten in den Reichstag zu gelangen, entweder durch das streng bewachte Portal Nr. 5 oder durch den unterirdischen Gang vom Palais des Reichstagspräsidenten Göring. Er appellierte mit Leidenschaft an die deutschen Verteidiger, alle diese Fragen in Leipzig zu stellen und auf alle Widersprüche der amtlichen Verlautbarungen, der Voruntersuchung und der Anklageschrift hinzuweisen. Er rief am Schluß seiner langen und inhaltsreichen Rede aus:

Der Mörder und Brandstifter ist Göring!

Nach ihm sprach der zweite weltbekannte französische Anwalt, Me Torres, Deputé, der alle Ausführungen von Giufferi unterstrich und an das Weltgewissen appellierte, sich durch die Justizlarve, die in Leipzig aufgeführt werde, nicht täuschen zu lassen.

Diese beiden Hauptreden waren eingerahmt in die Ansprachen und Appelle des Versammlungsvorsitzenden, des großen französischen Journalisten Pecqueur, des Schriftstellers Egon Erwin Kisch, des in einem SA-Keller mitschaltenden Inzers Fagore (den Refusen des Dichters), durch die Anklage gegen die Verbrecher des Naziregimes, die Rudolf Leonhard noch einmal zusammenfaßte und endlich durch das Bekenntnis der Schwester des Angeklagten Dimitroff zum Freiheitskampf des revolutionären Proletariats.

Die Versammlung nahm am Schluß einstimmig und leidenschaftlich für eine Resolution Stellung, die das Justizverbrechen, das jetzt in Leipzig zur Ausföhrung kommen soll, aufs Schärfste verurteilt. Der Freispruch der Angeklagten wurde im Namen des Rechtes und der Menschlichkeit gefordert.

Das gefälschte Einstein Interview

In großer Aufmachung bringt der „Völkische Beobachter“ auf der Titelseite die Nachricht, Albert Einstein habe holländischen Blättern ein Interview gegeben, in dem er sich über die angebliche Ausübung seines Namens bei der Publikation des „Braunbuchs“ beklage und mitteile, der eigentliche Herausgeber des Braunbuchs sei der Reichstagsabgeordnete Münzenberg.

Diese Interviews sind eine völlig freie Erfindung des Berliner Propagandaministeriums. Einstein hat niemals

„Attentat auf Hitler“

Ein braunes Greuelmärchen

Frankfurt a. M., 13. Sept. Gelegenheit der Festnahme einer größeren Anzahl von Kommunisten bei einer Zahnabfüllaktion der Geheimen Staatspolizei, wurde, wie das Geheimen Staatspolizeiamt mitteilt, ermittelt, daß im Juni vorigen Jahres ein Anschlag auf Reichstagskanzler Adolf Hitler in Mainz geplant gewesen war.

Die Verhafteten „gestanden“, daß am 13. Juni 1932 Adolf Hitler, als er in einer Versammlung in Mainz sprach, auf der Rückfahrt hätte ermordet werden sollen. Der Plan sei daran gescheitert, daß einer der Attentäter mit seinem Revolver nicht umzugehen verstand und sich die Waffe in einem Handstreich erklären ließ. Dabei ging ein Schuß los, und die Attentäter flüchteten, da sie der Meinung waren, es sei ein Gegenanschlag auf sie geplant. Als die Verhafteten sich wieder gesammelt hatten, war Hitler mit seinem Kraftwagen bereits vorbeigefahren.

Und dieses schwachsinnige Vagenmärchen der Geheimpolizei soll ein vernünftiger Mensch ernst nehmen! Aber es handelt sich darum, wieder einen Anlaß zu neuen Kommunistenverfolgungen zu konstruieren. Die Verfolgungen haben bereits begonnen.

Mainz, 13. September. Bei einer Polizeilaktion gegen die verbotene Kommunistische Partei und deren Hilfs- und Unterorganisationen wurden in Mainz 79 Personen festgenommen. Es wurde festgestellt, daß der Rotfrontkämpferbund in Mainz immer noch fortbesteht und Vorbereitungen zu einem Umsturz getroffen hatte. Beschlagnahmt wurden Bomben, Sprengstoff, Gewehre, Handgranaten und Munition.

und zu niemanden eine auch nur ähnlich geartete Erklärung abgegeben.

Ganz im Gegenteil hat der Gelehrte, der sich vor den Morddrohungen der Nationalsozialisten nach England flüchten mußte, den Vertretern der englischen Presse noch einmal erklärt, daß er selbst zwar nicht am „Braunbuch“ mitgearbeitet habe, sich aber mit seinem Inhalt vollkommen identifiziere.

Am 14. September:

Beginn des Londoner Gegenprozesses

Am 14. September hat in London im Hause der Society of Law der Prozeß der Internationalen Juristenkommission gegen die eigentlichen Urheber des Brandes im deutschen Reichstagsgebäude begonnen.

Eine von der Untersuchungskommission nach Holland entsandte Unterkommission hat in diesen Tagen sehr erhebliche Zeugen ermittelt und protokolllarisch vernahmen können. Es handelt sich um Personen, die in der Lage sind, über die Tätigkeit des von der Lubbe in falschlichen Organisationen sehr genaue Angaben zu machen, und, andererseits, um solche Personen, die über den homosexuellen Komplex in der Affäre sehr präzise Mitteilungen geben konnten. War nach dem bisher vorliegenden, im „Braunbuch“ ausgebreiteten Material mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß von der Lubbe durch den ermordeten Bell in den amourösen Kreis des Stabschefs der SA und SS, des Hauptmanns Böhm, eingeführt worden war, so fehlten doch bis jetzt Beweise dafür, daß von der Lubbe auch schon vor seiner letzten Reise nach Deutschland in Holland in homosexuellen Kreisen verkehrt habe. Jetzt ist von der nach Holland entsandten Unterkommission eine Reihe von Zeugen ermittelt worden, deren Aussagen nunmehr keinen Zweifel mehr bestehen lassen, daß von der Lubbe homosexuell veranlagt ist. Einer dieser Zeugen hat mit dem Provoateur in intimum Verkehr gestanden.

Dem Londoner Gerichtshof wird ein umfassendes, historisch und dokumentarisch fundiertes Gutachten vorliegen, in dem, von der Ermordung Liebknechts ab bis auf die neueste Zeit die verschiedenen terroristischen Akte geschildert werden, die von der deutschen Gegen-Revolution begangen worden sind, um die Arbeiterfront, als den tragenden Pfeiler der Weimarer Republik, zu provozieren.

Man rüstet in Leipzig

Der Prozeß beginnt am 21. September in Leipzig. Das Reichsgerichtsgebäude wird seit Montag (heute) überwacht. Polizei und Wächter sind an allen Eingängen aufgestellt. Man erwartet einen beträchtlichen Andrang von deutschen und fremden Journalisten, aber die Behörden haben beschlossen, nicht mehr als insoweit 120 Pressekarten auszugeben. Dreißig besondere Telephonzellen werden den Berichterstattern vorbehalten sein. Außerdem versichert man, daß verschiedene Gerichtsitzungen durch Radio verbreitet werden dürfen. Später wird das Gericht in Berlin tagen. Der Saal des Hauptaudienzsaales des Reichstags ist für diese Sitzungen bestimmt.

„Ekstrabladet“ sagt die Wahrheit!

Darum wird es in Hitler-Deutschland verboten!

Kopenhagen, 14. Sept. (Eig. Ber.) Das große dänische Blatt „Ekstrabladet“ wurde heute von der Geheimen Staatspolizei in Deutschland beschlagnahmt und auf unbestimmte Zeit verboten.

Warum? — Nun, es hatte ein Foto des Ministerpräsidenten Göring mit der Unterschrift: „Das ist der wahre Reichstagsbrandstifter!“ gebracht. Weil aber Herr Göring diese Wahrheit nicht vertragen kann, mußte das Kopenhagener Blatt verboten werden!

Wo ist Dr. Mierendorff?

Lebt — noch?

Man schreibt uns aus dem Reich:

Der bekannte sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Karl Mierendorff, Kriegsfreiwilliger und Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, beand sich seitdem in dem hessischen Konzentrationslager Dshofen bei Worms. Auf dem Wege dorthin wurde er bekanntlich im Triumpzuge durch Darmstadt geschleift und mißhandelt. Auch im Lager Dshofen wurde er mißhandelt. Wir wissen zuverlässig, daß er mindestens zweimal dort in der schlimmsten Weise verprügelt und niedergeschlagen wurde.

Dr. Mierendorff befindet sich seit dem 1. September nicht mehr in Dshofen! Zur Entlassung kam er nicht, geküchtet ist er auch nicht. Er wurde von den hessischen Wächtern aus dem Lager entfernt und niemand vermag zu sagen, wo sich Dr. Mierendorff jetzt befindet. Die schlimmsten Befürchtungen über sein Schicksal sind nicht von der Hand zu weisen!

Wir fragen den Präsidenten des Hessischen Staatspolizeiamtes, Dr. Veß, in Darmstadt:

Wo ist der Reichstagsabgeordnete Dr. Mierendorff?

Die Ohrfeige des Holländers

15 Monate Gefängnis

(Zupress.) Ein holländischer Geschäftsmann, der die Verhaftungen eines SA-Mannes schließlich nicht anders als durch eine Ohrfeige zu parieren mußte, wurde in Düsseldorf zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schweizer Stimme

Eine deutliche Mahnung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt in einem Aufsatz: „Spektrum der schweizerisch-deutschen Handelsbeziehungen“.

Die nationale Bewegung scheint in Deutschland gewisse Leute so zu begeistern, daß sie die ebenso natürlichen wie historisch funktionierten Landesgrenzen auf den Flügel der Phantasie überspringen. Umso härter läßt das deutsche Reich dafür seine wirtschaftliche Grenze in Erscheinung treten. Wenn die herausfordernde Mißachtung der politischen Landesgrenze, wie sie die „völkische Werbung“ sich zu leisten erlaubt, von dem sicheren Boden des schweizerischen Staatsgedankens aus mit dem Spott, den sie verdient, quittiert werden darf, so zwingt die immer rücksichtslosere Betonung der Zollgrenze zu realerer Verengung. Wie man sich erinnern wird, hat die Schweiz im Frühommer dieses Jahres bereits einmal die Initiative ergriffen, um in freundschaftlichem Geiste, die sich auf dem schweizerisch-deutschen Handelsweg besorgniserregend vermehrenden Klöße hinwegzuräumen. Dieser Versuch zur wirtschaftlichen Annäherung fand indessen auf deutscher Seite offenbar nicht das Verständnis, das man hätte voraussetzen mögen, und blieb fruchtlos. Im Hinblick auf diesen Mißerfolg wird man darum ernstlich zu erwägen haben, ob die Schweiz nochmals ihren guten Willen zum Markt tragen darf, oder ob sie der unausweichlichen Konsequenz aus einer unhaltbaren Situation nicht vielmehr sofort durch praktisches Handeln genügen sollte. Auch die Schweiz verfügt über so etwas, wie wirtschaftliche Souveränität.

Verlust, verpfändet . . .

In der Hauptstadt Hitlers

In der G.B. der Münchener Lokalbahn A.G. wurde mitgeteilt, daß auf Grund einer von unbekannter Seite erstatteten Anzeige eine behördliche Nachprüfung der Bücher durchgeführt werde. Nachdem sich im Berichtsjahr ein erheblicher Verlust von 0,90 Millionen ergeben hat, sei auch im laufenden Jahre mit weiteren Verlusten zu rechnen. Der Grundbesitz der A.G. ist befristet, die Maschinen übersteigert, Beteiligungen und Effekten verpfändet. Die Abtattung ergab bei allen Punkten Einstimmigkeit. Danach wird der Verlust von 992 200 RM. vorgetragen.

„Freiwilliger“ Arbeitsdienst

Wer nicht mitmacht, soll verhungern — Auch die Eltern werden mit dem Hungertode bedroht

Vor uns liegt im Original folgende Bekanntmachung:

Bekanntmachung

Jedigen männlichen Personen unter 25 Jahren ist Gelegenheit geboten, im Arbeitslager in Dahn durch Vermittlung des Arbeitsamts im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes Arbeit zu erhalten.

Mit sofortiger Wirkung werden daher sämtliche Unterstützungen an solche Personen (Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungen) mangels Hilfsbedürftigkeit eingestellt.

Soweit ledige männliche Personen unter 25 Jahren bei den Pflichtarbeiten beschäftigt sind, erfolgt Entlassung derselben mit Wirkung vom 31. Juli 1933.

Eltern, welche ihre Kinder nicht zu der erwähnten Arbeitsleistung anhalten, können ebenfalls nicht mehr unterstützt werden.

Birmensdorf, den 27. Juli 1933.

Städt. Wohlfahrtsamt.

Der Hunger geht um

Für die Nicht-Nazis

Aus Berlin wird dem Manchester Guardian geschrieben:

Ein Angestellter — kein Jude, aber einer, der seine Arbeit verloren hatte, weil sein jüdischer Arbeitgeber ruiniert wurde — läuft den ganzen Tag herum, um sich nach einer Anstellung umzusehen. Er und seine Familie sind in trostloser Lage; aber wohin er sich auch wendet, erhält er die gleiche Antwort: „Es besteht keine Aussicht auf Arbeit für jemanden, der nicht der nationalsozialistischen Partei angehört.“

In einer Firma, die elektrische Birnen herstellt, wurden die Mitglieder des Betriebsrats, von denen die meisten den „freien Gewerkschaften“ angehörten, von der Nazizelle angewiesen, „freiwillig“ zu kündigen. Wenn sie es nicht täten, so würde ihnen gesagt, kämen sie in ein Konzentrationlager. Natürlich kündigten sie. Aber da sie es „freiwillig“ getan hatten, konnten sie für die nächsten zehn Wochen keine Arbeitslosenunterstützung beziehen. Wie sie und ihre Familien während dieser Zeit leben sollen, weiß man nicht.

In einer Schuhfabrik wurden 25 Angestellte wegen ihrer politischen Anschauungen entlassen. Unter ihnen befanden sich fünf Nazi, die eine „zweite Revolution“ erhofften und „gegen den Kapitalismus“ waren.

In der Reichsbücherei wurden einige Angestellte fristlos entlassen, weil sie weigerten, der „freiwilligen Disziplin“ einen Betrag zu zahlen. Diese Zahlungen werden als eine Arbeitersteuer aufgefaßt, die sie auch in Wirklichkeit sind.

Amerikaner meiden Deutschland

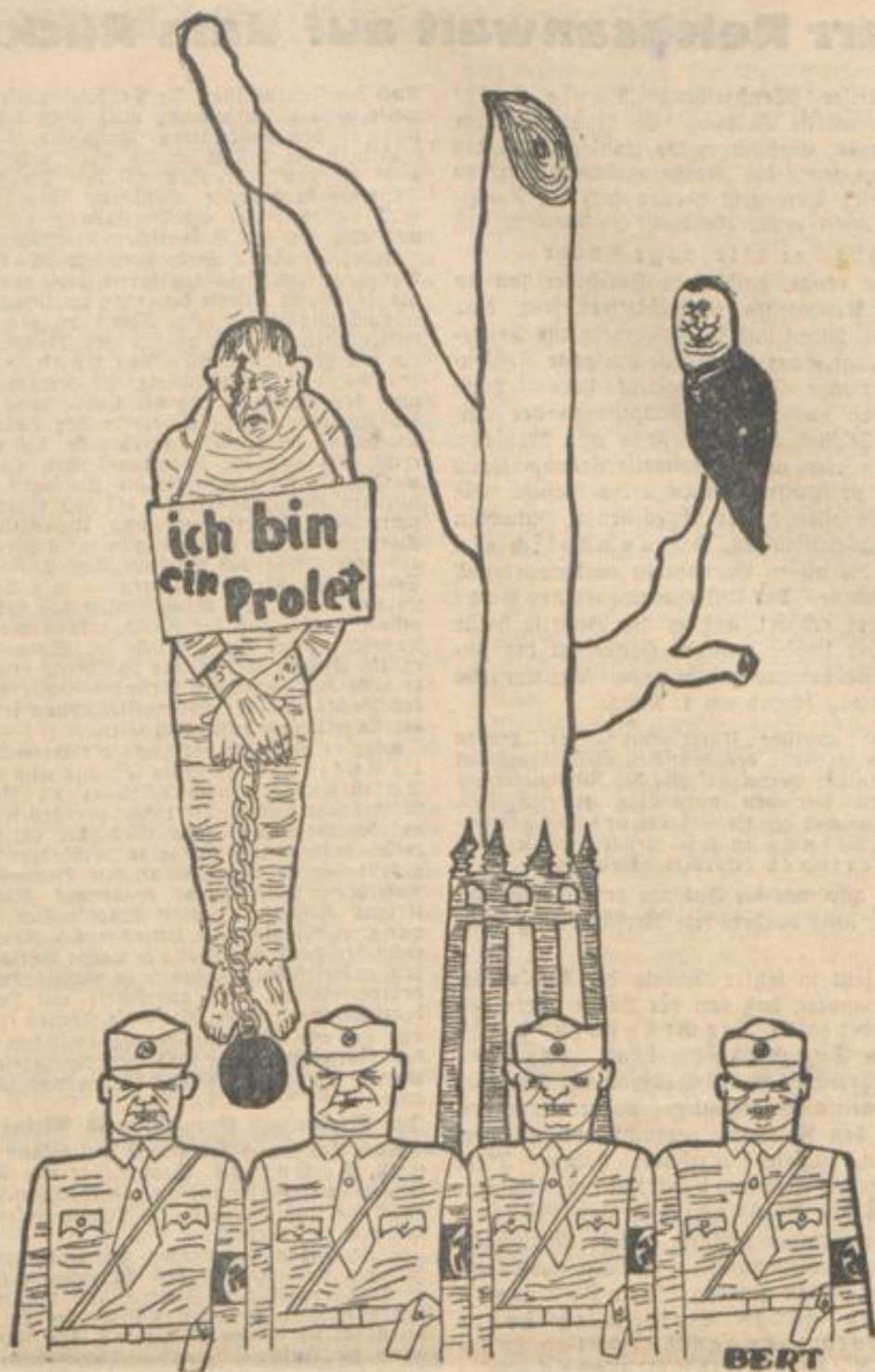
Aus den amtlichen Zahlen des Statistischen Reichsamtes ist die Abnahme der Reisenden aus Übersee in den letzten Monaten des Jahres 1932 zu ersehen. In den Monaten April bis Juni 1932 auf 14 000 in der gleichen Periode des Jahres 1933 gefallen.

Die Einreise der Amerikaner ging von 14 400 in den drei Monaten des Jahres 1932 auf 7 900 in der gleichen Periode des Jahres 1933 zurück.

Aus den offiziellen Anzeigen des Statistischen Reichsamtes sind allein im Monat Juli vierzig Aktiengesellschaften aufgelöst worden. Neu gegründet wurden — drei Aktiengesellschaften. In den Monaten Juni und Juli ist eine Schrumpfung des Aktienkapitals um fast eine Viertelmilliarde zu verzeichnen.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

„Ausrotten . . .!“



„Nur so wird es gelingen, das von den Führern der nationalsozialistischen Revolution gesteckte Ziel zu erreichen, den Bolschewismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, bis schließlich, wie Ministerpräsident Brüning einmal ausführte, in Deutschland keine einzige Schrift mehr davon kündigt, daß es überhaupt einen Marxismus gibt.“

„Politischer Beobachter“.

Die Boykottbewegung

Prag, 13. Sept. (Eig. Bericht.) In der Tschechoslowakei ist die Einfuhr aus Deutschland um 41,8 Prozent im ersten Halbjahr 1933 gegenüber der gleichen Periode des Jahres 1932 gefallen. Zahlmäßig bedeutet das einen Verlust von über 600 Millionen Kronen.

Warschau, 13. Sept. (Eig. Bericht.) In Polen hat sich ein Komitee zum Boykott deutscher Waren gebildet, dessen Filialen über das ganze Land verbreitet sind. Das Komitee arbeitet außerordentlich aktiv. Die Fabrikanten der großen Textilstädte Lodz, Pielitz, Bialystok beschließen, den Bezug deutscher Wolle und Baumwollabfälle abzubrechen. 16.000.000 Yarden, die Millionennähe erzielten, werden von Färbereien und Textilfabriken ausnahmslos boykottiert. Medizinische Präparate aus Deutschland sollen sofortig verdrängt werden. Motoren und Maschinen werden nicht mehr gekauft. Die Nadeln für die Textilindustrie und Cottonindustrie werden neuerdings massenhaft aus England bezogen.

Stockholm, 13. Sept. (Eig. Bericht.) Die schwedische sozialdemokratische Regierung hat beschlossen, daß die Einfuhr deutscher Waren nach Schweden mehr als 100 Millionen jährlich nicht betragen darf. Im Jahre 1931 betrug die deutsche Einfuhr nicht weniger als 472 Millionen Kronen.

Berlin, 13. Sept. (Eig. Bericht.) Nach hier veröffentlichten Nachrichten ging die deutsche Einfuhr nach den nordischen Ländern von 24 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1932 auf 194 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Jahres 1933 zurück.

Helft den deutschen Flüchtlingen!

Ein Aufruf an die französische Geschäftswelt!

Das Straßburger Comité d'Informations et d'Aide aux Réfugiés allemands, 8, Rue des Francs Bourgeois hat nun nach Unterbringung zahlreicher Flüchtlingskinder auch den lobenswerten und nachahmenswerten Versuch gemacht, wenigstens für die Flüchtlinge seines Bezirks, an den Edelmut der französischen Bürger zu appellieren, ausgehend von dem Gedanken, daß ja dem Werte der Menschlichkeit nur ein halber Dienst erwiesen wäre, wenn man all diesen jüdischen Kindern nur die Möglichkeit gegeben hätte, sich vor den Verfolgungen des Hitlerregimes in Sicherheit zu bringen, ohne ihnen auf der andern Seite die Möglichkeit zu geben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

In voller Würdigung des Umstandes, daß den Eingewanderten durch die Flüchtlinge der Lebensraum und die Existenzmöglichkeit in keiner Weise geschmälert werden dürfte, glaubt das obige Komitee die Berechtigung zu der Feststellung zu haben, daß bei gutem Willen sicher eine Anzahl von Stellen bei Arbeitgebern (Fabrikanten, Handwerksmeistern, Gewerbetreibenden) anzufinden wären, die durch Flüchtlinge besetzt werden könnten, ohne daß einem Franzosen irgendein Nachteil dadurch entstehen könnte.

In diesem Sinne appelliert das obengenannte Komitee an sämtliche Arbeitgeber, Unternehmer, Landwirte, ihm freie

Flüchtlinge natürlich nur im Rahmen der gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen eignen, baldmöglichst bekanntzugeben.

In dem Aufruf des Flüchtlingskomitees heißt es weiter: Wie wir dazu erfahren, hat die Unterbringung von deutschen Flüchtlingskindern als Lehrlinge in französischen Betrieben schon sehr gute Fortschritte gemacht. (Wir empfehlen dieses Werk allen Komitees zur gefl. Nachahmung.) Eine große Anzahl Spezialarbeiter und qualifizierter Handwerker sind durch das Hitlerregime aus Deutschland vertrieben worden. Die Situation all dieser Flüchtlinge — da sie kaum über nennenswerte Mittel verfügen — ist eine sehr schlimme. Auf vielen dieser Leute lastet nunmehr mehrmonatliche Beschäftigungslosigkeit vernichtend und treibt sie zur Verarmung.

„Absage“

Erpreßte Erklärungen

Der Reichswehrminister bringt das Schreiben des Reichsinnenministers an die Reichsbehörden zur Kenntnis, worin das Ersuchen ausgesprochen wird, alle Beamten, Angestellten und Arbeiter darauf hinzuweisen, daß jede, auch nur lose Beziehung zur SPD oder KPD verboten ist. Der Reichswehrminister erklärt, daß dieser Erlass volle Gültigkeit für den Bereich der Wehrmacht habe. Er beauftragt die Dienststellenleiter, die Befehlsgebung des Erlasses an alle Beamten, Angestellten und Arbeiter zu veranlassen und von Personen, die den genannten Parteien früher angehört haben, entsprechende schriftliche Erklärungen einzuholen. Diese Erklärungen sind zu den Personalakten zu nehmen.

Der Reichswehrminister hat ferner verfügt, daß das Tragen von Uniformen der NSDAP den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Wehrmacht im Dienste gestattet ist. Entgegenstehende Bestimmungen aus älterer Zeit sind entsprechend abgeändert worden.

Bekreuzigte Bürgermeister

Die badische Regierung hat angeordnet, daß künftighin an den Amtseiden der badischen Bürgermeister das Hakenkreuz zu tragen ist.

Abwärts!

Esselung der Porzellanindustrie auf 44,5 Proz.

Berlin, 14. Sept. (Inpreb.) Die führenden Betriebe der Porzellanindustrie fordern von der Reichsregierung die Schaffung eines Zwangsartikels für die Porzellan-Geschirrinindustrie. Im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1932 wurden 1 118 000 Kubikmeter Glattbrand hergestellt. Der Jahresverbrauch dagegen beträgt — nach eigenen Berechnungen der Industrie — gegenwärtig nur 520 000 Kubikmeter. Das bedeutet eine notwendige Drofflung auf 44,5 Prozent.

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Freitag, den 15. September 1933 * Ereignisse und Geschichten

Das Spiel kann beginnen . . .

Neudeutsches Theater und neudeutsche Kritik

Run öffnen in Deutschland auch die Theater wieder ihre Pforten. Die neue Saison beginnt. Die theaterlose, die schreckliche Zeit ist vorüber (nur das grandiose, ganz Deutschland überflutende Parteitheater kennt keine Saison!), — die Zeit, während der Herr Göring, als Oberbefehlshaber und Generalintendant aller dramatischen und theatralischen Künste sorgsam gefiebert hat unter den Intendanten, den Dramaturgen, Oberregisseuren und Dirigenten aller Staats- und Stadttheater im neuen Deutschland.

Die Saison kann beginnen, die erste garantiert hundertprozentig reine und leimfreie nationalsozialistische Theaterära. Denn auch das Theater ist in die „Totalität“ des neuen Staates einbezogen: Herr Doktor Göbbels, dessen dramatische Werke das ehemals liberalistische Theater so schändlich abwies, hat die besten Aussichten, vielgespielter Autor auf den diversen Bühnen des „dritten Reichs“ zu werden. Und die Bürger werden sich, mit dem ihnen eingeborenen oder neuerdings ihnen eingepflanzten Furor auf das neue Theater stürzen; sie werden, in jedem Moment eingedenk ihrer feilschen, geistigen und künstlerischen Wiedererweckung im Drie der nationalen Revolution, sich auf die Gipfelnungen neudeutscher Theaterkunst, auf die Kleist und Körner, auf die Faust und Büchner, auf die nie abbrechenden Schlegel- und Dörflinger-Konzepte, auf die SA-Glorien und die Hanns-Heinz-Gewer-Krausnigkellen, auf die vielen neuerweckten und noch, mit Herrn Göbbels Hilfe, neu zu erweckenden Dramatiker des „dritten Reichs“ stürzen.

Serien wird es geben in diesem neudeutschen Theater: 20 — 50 — 100 Abende in überquellender Begeisterung, wie man sie in Deutschland seit den Tagen der „Lustigen Witwe“ und aller „Alt-Heidelberg“-Näufche nicht mehr erlebt hat . . .

„Schlag auf Schlag“ werden die Premieren hintereinander fallen — es wird kein Ausruhen geben und kein müdes Nachlassen: wie das Feuerprofil in 18 Kilometer breiter Front auf dem Rührberger Spul, so wird der ahnungslose Theatergenosse des neuen Reichs, der mehr oder minder laut gezwungen von seinen sauer verdienten Groschen ein Abonnement auf dieses schauerlich-schöne Theater zeichnen mußte, mit neu deutscher Dramatik, vom Tragischen bis zum Burlesken, bombardiert werden. Städtische und staatliche Beamte, Lehrer und Werkmeister, Richter und Studenten, Gebammen und Chefärzte, Direktoren und Stenotypistinnen werden sich dem markanten „Druck von oben“ nicht entziehen können und sich — auch wenn sie lieber Regal schieben oder einen Dämmerdoppeln genehmigen wollten — am vorbestimmten Abend die neue Nazi-Premiere anschauen müssen. Und am Tag darauf dürfen sie, auch wenn ihnen unter dem Geknatter der Phrasen und Araden Seele und Sinne noch nicht abgekumpft sind, noch nicht einmal über den verlorenen Abend schlumpfen, denn man weiß ja nie, ob nicht das Dienstmädchen eine kleine, adrette Denunziation an den nächsten Herrn Amtswalter richtet . . . Und dann steht ja für den deutschen Theatergenosse von 1933 hinter einer mißvergnügten Premiere eine erfahrungsgemäß recht vergnügte Schlußbitt . . .

Aber dennoch! Tag darauf, wie doch immer nach einer festlichen Premiere, greift er zur Zeitung und sucht, was er selbst nicht verstand, aus der Kritik zu verstehen. Die föhliche Kritik begriff doch immer mehr als Autor, Regisseur, Schauspieler und Zuschauer zusammen begriffen; der Herr Kritiker — in jeder Stadt ein eigener Herr oder Herrbert Ihering — hatte die Gabe und die Gnade, alles das frei und objektiv zu sagen, was im Unterbewußtsein der mehr oder minder intelligenten Zuschauer nur undeutlich und unformulierbar hin und herwogte. Die Kritik wird Rechenschaft geben und Bekenntnis sein — auch vor den Emanationen des „dritten Reichs“ . . .?

Wie alles im Hitler-Staate einer blut- und wurzelhaften Erneuerung unterzogen wurde, so hat man auch sehr bald abgerechnet mit einer Kritik, die im bisherigen Reich der Rührer allzu frei und apodiktisch ihres Amtes waltete: die westdeutsche Nazipresse hat erst jüngst in einem furiosen Artikel die Sünden der Herr- und Ihering-Kritik (Vergleichung: Herr Ihering hat sich so schleunigst gleichgeschaltet!), die Sünden der kleinen und größeren Kritik in jeder Stadt aufgezählt, den Herren Kritikern nachgewiesen, wie sehr sie selbst schuld seien an völligen geistigen und künstlerischen Zusammenbruch des Theaters und Dramas in Deutschland von gestern — oh, diese Kulturholzknechte!

Gott sei Dank, daß sie zum Teufel gejagt wurden! Und dann wurden den Herren Kritikern von approbierter neudeutscher Gesinnung Richtlinien gegeben, was sie zu schreiben, was sie zu loben, was sie abzulehnen hätten. — Direktiven geradenwegs aus dem ungeborenen selbigen Propagandaministerium. Da von Amts wegen „Objektivität“ unstatthaft, sozusagen, ein kulturholzknechtischer Begriff ist, hat der mit der alleinseligmachenden Gnade des Brannen Hauses angestrahlte Kritiker nur das Recht und die Pflicht, „subjektiv“ zu sein: Subjekt bleibt in jedem Falle das auf allen Märkten laut propagierte Werturteil des Doktor Göbbels. — Zweifelsfälle sind demnach im totalen Staat nicht mehr möglich.

Das gibt ein Theater — das gibt eine Kritik! Kein Intendant wird wagen, im Spielplan außer der Reihe zu tanzen, kein Dramaturg wird ein Stück präsentieren, das nicht hundertprozentig Weist („Weist“) vom Geiste Hitlers, nicht hundertprozentig Phrasen vom ewigen Göbbels-Gebüh, nicht hundertprozentig Blatwörter vom Eadismus eines

Göring ist. Und die Komödie? Humor ist im „dritten Reich“ unbeliebt, ist sogar staatsgefährlich — nur Peitschenhieb, nur Heil und Hurra, nur Lüge und billige Blasphemie. Und Deutschlands junge Dramatiker? Sie werden vor Parademärschen intuitiv erschauern, bei den Blutsonges der SA in Ekstase geraten, vor den Stacheldrähten der Konzentrationslager ihre dichterischen Ränke sich abregieren.

Und still ergeben wird der Herr Kritiker dastehen und alles über sich ergehen lassen. Die aufgeblühten Mittelmaßigkeit, die heute auch in den Kunst- und Literaturbereichen Deutschlands herrscht, wird auch vom Kritikeramt Besitz ergreifen: linder Hauch von ihrem Hauche. Der Rezensent wird nicht wagen, ein objektives Wort zu schreiben — hinter jedem Kritiker steht unsichtbar ein SS-Mann und diktiert Werturteile in die leichtflüssige Feder. Die Route ist strengstens vorgeschrieben — aber Kritik mit vorgefertigter Route ist eine Verlogenheit. Armelige Schleimer das — die heute in Deutschland dazu erkoren sind, zu schreiben, zu wärtigen, sich auseinanderzusetzen mit Dingen, die jenseits aller künstlerischen Diskussion liegen. Wer hätte schon im März — April dieses Jahres gewagt, ein abfälliges Wort über das Schlegel-Stück des mit allen Kronen dritter Herrlichkeit gekrönten Hanns Johß zu schreiben? Seit sie doch nach, die Elogen, zum Teil geschrieben von Leuten, die man vorher um ihrer Sachlichkeit, um ihres Ernstes, um der Lauterkeit ihrer Kunstschätzung achten mußte! Schmähtlich ward das Bild geändert — die Schmach der deutschen Kunst und Theaterkritik wird sich in der neuen Saison schnell vollenden. An kleine Keuschlichkeiten klammern sie sich, an Formalien, an ein paar sprachliche Krummhaken, bestien krampfhaft ihr Monitum daran — ein Monitum, das zu nichts verpflichtet und durchaus ungefährlich ist. Früher drohte vielleicht einmal ein Verleger — heute droht jedem unbotmäßigen Kritiker jenes Ungeheuer, das sich „Staat“ nennt.

Denn nur das Führerprinzip verpflichtet, auch in den Bezirken der deutschen Kunst- und Theaterkritik. Und die Herren Führer wissen schon, was für ein Theater, was für eine Kritik sie dulden. Willig läßt das Volk sich führen, so gebietet es deutsche Disziplin und Subordination. Bequem ist das und wenig kostspielig: eigene Meinung braucht man nicht mehr zu haben, sie grenzt sogar an Landesverrat. Nur dazujstehen braucht man im Theater und reinrassige Pralinen zu knabbern — und am andern Morgen ohne Saune und Erfrischung die Kritik im Reichblatt zu lesen, die, wie man selber, nichts zu denken und nichts zu sagen wagt . . .

Oder sollte doch — täusche ich mich? — irgendwo in Deutschland ein aufrechter Mann sein und anderntags ein wahres, ein objektives Wort schreiben? Bedauernswürdiger Held! Unverzügliches Kommando an die allseit bereite SA: „Schlagt ihn tot, er ist ein Rezensent!“ (Womit übrigens Herr von Goethe seine Qualifikation für Weist und Weithoden des Hitler-Regimes unweigerlich erbringt hätte!) Benito.

Göcings Befehlsübergabe

Seine Rede wird in den Theaterbüros angeschlagen!

Im Plenarssaal des Landtages traten Dienstagvormittag sämtliche Intendanten der preussischen städtischen Theater zu einer Sitzung zusammen, auf der ihr Oberbefehlshaber Ministerpräsident General Göring grundlegende Ausführungen über das Theaterwesen machte.

Der Leiter des Preussischen Theaterausschusses Staatskommissar Hinkel eröffnete die Tagung. Ausdrücklich hob er hervor, daß alle Verträge der Theaterleitungen in Preußen rechtlich der Genehmigung des Preussischen Innenministeriums bedürfen.

Dann sprach Göring über grundsätzliche Fragen des preussischen Theaterwesens. Um das Führerprinzip auch für die preussischen Theater in den Vordergrund zu stellen, habe er angeordnet, daß die Berufung aller wichtigen Persönlichkeiten, insbesondere die der Intendanten, ihm vorbehalten bleibe. Die Verantwortung des einzelnen Theaterleiters müsse klar herausgestellt werden. Aus diesem Grunde werde er auch die Stellung der Intendanten neu formulieren. Es seien selbstverständlich die Wünsche der Städte zu achten, aber das letzte Wort zu allen Fragen des Theaters habe der Intendant. Die Arbeit der Theaterleiter müsse in dem Geiste geschehen, der in der großen Rede des Führers zu den Fragen der Kultur auf dem Rührberger Parteitag zum Ausdruck gekommen sei. Diese Rede solle auch sichtbar in allen preussischen Theatern angeschlagen werden.

Der Ministerpräsident kam dann auf die Spielplangehaltung zu sprechen und betonte, daß gerade auf diesem Gebiete in der vergangenen Zeit sehr viel gesündigt worden sei. Es habe Fälle gegeben, in denen die Intendanten sich bemüht hätten, besonders unfünftlerische, defekante Stücke aufzuführen.

Der Spielplan habe zu berücksichtigen, daß wir heute in einer großen Zeit leben, vielleicht der größten, die Deutschland je durchgemacht hat. Aber es soll auch der Humor und das Lustspiel nicht vergessen werden.

Zum Schluß richtete Ministerpräsident Göring an die Theaterleiter die Mahnung, in ihren Theatern die Kameradschaft in nationalsozialistischem Geiste zu pflegen . . .

Mit unbefleckten Händen . . .

Du bist der Herr, und was du tust ist gut; dein ist das Reich, die Kraft und Herrlichkeit. In jeder Jurche deines Werts steht Mut. Was tut das schon! Das ist die große Zeit.

Dein die SA, das Recht, das Denkerheil; die hängen ab im deutschen Menschenmaß. Du hast an ihren Taten keinen Teil. Ihr Werk ist Mord? Und wenn — dich läßt es kalt.

Du profitierst von ihrer Schlächtere; auf ihren Opfern baust du deinen Thron. Doch du bleibst rein: du warst ja nicht dabei. Dein Härchen läßt den Abgetöteten Gohn.

Ja, dich zu brücken, hast du stets gewohnt; wenn andre sterben gingen, warst du fern. Du trugst den Kompaß in der eignen Brust und folgest weit vom Schusse deinem Stern.

Ich wüßte gerne: hast du in der Nacht nicht manchmal ein Gefühl im letzten Bauch, als wärst du Held in deiner ganzen Pracht, doch nur ein hohler, ausgequollener Schlauch?

Und du bist niemals Schweigetränke erwacht und hast im bleichen Schein des Ronds gesehn die Scharen, die dein Nordmeer umgebracht, als erste Richter stumm dein Vei umnehn?

Max Barth

Immer wieder die Tüchtigsten

Lehrbefugnis entzogen

Auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sind an der Leipziger Universität der ordentliche Professor der Nationalökonomie Dr. Gerhard Reffler und der planmäßige außerordentliche Professor der Radiophysik Dr. Erich Marx in den Ruhestand versetzt worden. Den nichtplanmäßigen außerordentlichen Professoren in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Dr. Eduard Erkes (Chinesisch) und Dr. Karl Drucker (Allgemeine und physikalische Chemie) sowie den Privatdozenten in der medizinischen Fakultät Dr. Ludwig Friedheim (Haut- und Geschlechtskrankheiten) und Dr. Oswald Tefl in (Geschichte der Medizin) ist die Lehrbefugnis entzogen worden.

Der Täuberich an das „dritte Reich“

„Hier muß gepfliffen werden“

Richard Tauber, der bekanntlich Jude ist, hat es sich nicht nehmen lassen, an den gleichgeschalteten Eugenbergschen Scherl-Verlag aus dem Seebad Schwenningen sein Bild mit Gräßen an das neue Deutschland zu schicken. Die Scherlsche „Filmwelt“ druckt Bild und Gräße ab. Darob Geschrei in der Nazipresse. „Finden Sie, daß die „Filmwelt“ sich richtig verhält, wenn sie in ihrer letzten Nummer, die auf der Titelseite Leni Riefenstahl zeigt, am Ende auch ein Bild Richard Taubers zeigt? Hier darf man nicht den Mund spizen, hier muß gepfliffen werden. Und zwar kräftig!“

Militärwissenschaft

Der General auf dem Lehrstuhl

Unter der Regierung Hitler ist die Militärwissenschaft in den deutschen Universitäten offiziell eingeführt worden. Der General Wolfgang Ruff ist auf den Lehrstuhl der Militärwissenschaft in Tübingen berufen worden. In Berlin wurde eine „Gesellschaft der Militärwissenschaft“ gegründet. Die deutsche Presse erhielt den Befehl, jede Äußerung über den Sachverhalt zu unterlassen.

Der Zensur entgangen

Die „sinnesschwache“ helle Rasse

In der „Kerallischen Korrespondenz“ erscheint zu der Blau-äugigen, blondhaarigen nordischen Edelmenschenrasse die Analyse: „Bei den Dandierern werden ganz ausgesprochen die hellen pigmentierten Rassen wegen ihrer Venksamkeit und Zahmbreit bevorzugt. Je lenksamer, sinnesschwächer und geistig kumpfer die Handtiere werden, um so brauchbarer sind sie. Bei den Kindern werden ebenfalls die hellen Schläge bevorzugt, während zum Beispiel die spanischen Kampftiere in der Regel ein dunkles Rot schwarz aufweisen . . .“

Nicht nur die hellen Schafe sind sinnesschwächer als die dunklen, nicht nur die hellen Kinder, sondern auch . . .

Wir wagen nicht fortzusetzen. Auch geben wir in der Beurteilung der „hellen Rasse“ nicht so radikal vor wie der Autor. Möge er vom Konzentrationslager verhört bleiben!

„Material“

Beim Vorbeimarsch der oberösterreichischen SA auf dem Rührberger Parteitag klopfte Hitler dem Fremdenführer Heines auf die Schulter und sagte: „Das ist aber ein prächtiges Menschenmaterial.“ — Es ist die Sprache der Könige vor den Schlachten.

Preußen läßt schöne Pferde malen

Die dem preussischen Ministerium des Innern unterstellte Gestübsverwaltung hat den als Kriegs- und Soldatenmal bekannten Münchener Künstler Oscar Nerz beauftragt, mehrere Zuschüsse der verschiedenen Hauptgestübs Trakten im Bild zu verewigen.

Als die Türken vor Wien standen Vor 250 Jahren

Der „allerchristlichste“ König von Frankreich, Ludwig XIV., hat den türkischen Großwesir Kara Mustafa, den eigentlichen Regenten des osmanischen Reiches, bewogen, Wien zu belagern. Der König von Frankreich hoffte nämlich, nach dem Falle von Wien irgendwie deutscher Kaiser zu werden! Ein Plan, der deutlich macht, wie schon in früherer Zeit hinter aller äußeren Frömmigkeit derer von „Gottes Gnaden“ die schändlichsten irdischen Ziele sich verbargen.

Nichts war vorbereitet!

Mitte Juli 1683 hat die Belagerung Wiens begonnen. Als die Wiener Vorstädte in Flammen ausgingen und die türkischen Reiter die Zivilisten, die sich nicht geflüchtet hatten, erschlugen, sind erst die letzten Kanonen auf die Wiener Stadtmauern gebracht worden, ist das letzte Schiff mit Kanonenpulver und Pulver beim Salzgraben gelandet.

Die Versorgung Wiens mit Waffen, Munition und Soldaten war ganz unzureichend. Niemand hatte beim Ausbruch des Krieges damit gerechnet, daß der Türke bis nach Wien kommen könnte und als am 7. Juli die kaiserlichen Regimenter bei Petronell geschlagen worden waren, hatte, vom Kaiser angefangen bis zum letzten Saaltürhüter in der Hofburg, alles nur an sofortige Flucht gedacht. Bekanntlich ist der Kaiser Leopold I., ein passionierter Flötenbläser und leidlich begabter Opernkomponist, mit der schwangeren Kaiserin bis Passau geflohen. Der ganze Hof, der Adel und alle reichen Leute mit ihm. Zurückgeblieben ist eine von sechzigtausend zitternden Menschen erfüllte Stadt, ein Kommischnopf und tapferer Mann, der Feldzeugmeister Graf Starhemberg, als Kommandant von Wien, und elftausend Soldaten, die 202 Kanonen hatten. Das türkische Heer aber hat weit mehr als hunderttausend Mann gezählt. Es ist also der Wiener Besatzung, die mit den kühnsten Freiwilligen aus der Bürgerschaft sechzigtausend Mann ausmachte, im Anfang sich eine sechs- bis siebenfache Übermacht gegenüberstanden.

Feldherren unter sich

Der Graf Starhemberg ist kein genialer Heerführer gewesen. Das war ein Mann, der sich aus Büchel gehalten hat. Auf besondere Auskunftsmitel ist er nicht verfallen, und tatsächlich ist es am 9. September 1683 so weit gewesen, daß Wien verloren war. In drei, vier Tagen wären die Türken in der Stadt gewesen, wenn, ja, wenn nicht der Herzog Karl von Lothringen gewesen wäre, der kaiserliche Oberkommandant, Schwager des Kaisers, ein Franzose. Ein außerordentliches militärisches Talent. Dem ist eigentlich die Rettung Wiens zu verdanken, nicht dem König Sobieski von Polen, und schon gar nicht dem Feldzeugmeister Starhemberg. Der Herzog hat sich fortwährend in der Nähe von Wien gehalten, er hat es durch seine außerordentlichen Charaktereigenschaften möglich gemacht, daß die eiteln und aufgeblasenen Generale und Fürsten der fremden Staaten, die Truppen zur Belagerung Wiens geschickt hatten, sich vertrauen und daß diese buntschichtige Armee ein Heer sein konnte, das von einheitlichem Geist erfüllt, einem Führerwillen gehorchte.

In Wien aber ist es zwei Monate lang schrecklich zugegangen. Gleich ist die Ruhr ausgebrochen. Man muß sich vorstellen, daß damals jedes Haus eine Senkgrube hatte,

die Kanalisation ganz primitiv war (soweit es eine gab), daß die innere Stadt voll von Friedhöfen und Massengräbern war, zwischen denen die Hausbrunnen lagen, aus denen die Wiener ein trübes, schlecht schmeckendes Wasser tranken. So sind denn im Juli bereits zwanzig Personen täglich an der Ruhr gestorben, im August vierzig und gegen Ende der Belagerung sechzig täglich. In hunderten sind die Armen, aus den Vorstädten hinstürzten, obdachlos auf dem Straßenpflaster gestorben, das sie strahlend mit ihren blutigen Stühlen besudelten. Man schüttete allen Unrat aus den Häusern dazwischen, ganze Rißhäusen entstanden und wir wissen, daß der Gestank unentrichtlich geworden ist, schließlich in jedes Zimmer drang.

Mit Minen und Gegenminen

Dazu das unaufhörliche Schießen, Tag und Nacht, auf der Burg- und Löwendöfel, also dort, wo heute das Burgtheater steht, sich der Volksgarten erstreckt. Dort, nur dort nämlich, griffen die Türken an. Sturm folgte auf Sturm. Unter unaufhörlichem Allah-Geschrei haben die Janitschoren in ihren langen blauen Kasanen immer wieder angegriffen und immer wieder riesige Minen gesprengt. Der Krieg, in dem hier auf dem Gleise der heutigen Straßenbahn 12.000 Handgranaten geworfen worden sind, war wie eine Vorahnung des Weltkrieges.

Die Türken hatten ungeheure Verluste. Die Leichen lagen oft mehrere Meter hoch, aber Starhemberg hat jeden Waffensstillstand, den Kara Mustafa zur Beerdigung der Toten verlangte, abgelehnt. Die Gefallenen stanken fürchterlich. Die fortwährenden Minenexplosionen freuten die faulenden Nester in alle Richtungen. Es muß wie im „Niemandstand“ des Weltkrieges gewesen sein. Am 7. September sollen die Türken einen Gesamtverlust von 48.544 Mann gehabt haben. All das auf diesem engen Raum, begrenzt von der heutigen Burggasse und der Floriantgasse. Dabei muß man bedenken, daß die damalige Medizin in den Kinderschuhen steckte. Ein kleiner Rißer konnte schon tödlich sein, denn gegen den Wundstarrkrampf, von dessen Erreger man natürlich keine Ahnung hatte, gab es kein Mittel. Es sind denn auch von den 18.000 Verteidigern Wiens rund 7.000 gefallen. Eine enorme Zeit! Da kann sich wohl jeder vorstellen, was das für ein Warden gewesen ist!

Kriegsgewinner vor 250 Jahren

Am 9. September war Starhemberg mit seiner Weisheit zu Ende. Die Türken waren mit ihren Schützengräben bis zur unmittelbaren Stadtmauer vorgebrungen. Eine Mine mußten sie sprengen, dann standen sie in der Stadt! Der Feldzeugmeister Starhemberg, der es nicht zu verhindern vermochte, daß eine Rotte schamloser Schieber und Lebensmittelwucherer sich unerhört in der belagerten Stadt bereicherte, wachte nichts anderes, als die Schenkensstraße, die Teinsalsstraße zu verbarrikadieren, alle Wiener Männer auf dem Michaelsplatz, auf der Freyung zusammenzutreiben. So warteten sie wie das Schaf vor der Schlachtkant. Dieser Widerstand hatte keine Hoffnung mehr.

Aber Kara Mustafa hat sich selber sein Grab gegraben. Hat sich um den Herzog von Lothringen, um die Entsatzarmee, die sich im Tullner Feld sammelte, überhaupt nicht bekümmert. Das ist ein militärisches Rätsel, das bis

heute noch niemand begriffen hat. 21.000 Kaiserliche, 10.000 Sachsen, 11.000 Bayern, 9.000 Franken und Schwaben, 24.000 Polen schleppte Lothringen die heißen Abhänge des Wienerwaldes hinauf. In Regen und Sturm. In Strümpfen und Halbschuhen — so trug sich damals die Infanterie.

Lothringens Schlachtplan war fahn und für die damalige Zeit originell, denn man schlug Schlachten nur in den Ebenen, wo die Regimenter schön nebeneinander aufmarschierten, die Kavallerie attackieren konnte. Er aber hat, wie gesagt, die ganze Armee auf das Gebirge, welches Wien umgibt, mühselig hinaufgetrieben und dann wieder hinunterklettern lassen. Es war so steil, daß die Dragoner absteigen und die Pferde auf dem Hinterteil abrutschen lassen mußten.

Angriff und Sieg.

Um 4 Uhr früh am 12. September ging der Angriff auf die Türken los, die noch alles, was sie in den Rohren hatte, auf Wien verlockten. Beim Rablenbergsdorf, bei Ruzsdorf und Döbling schmissen Kaiserliche, Sachsen und Bayern mittags die Türken um. Die Polen, die erst nachmittags um 2 Uhr sich aus den Bergen bei Tornbach herauswürgten, hatten vorerst viel Pech, aber gegen 5 Uhr hat dann ein riesiger Angriff ihrer schwer gepanzerten Kavallerie auf den Feldern zwischen Breitenlee und Dornals die ganze türkische Aufstellung eingestampft und die Osmanen begannen in fürchterlicher Panik, Kara Mustafa an der Spitze, zu laufen. Sie sind erst in Raasdorf stehen geblieben.

Um 6 Uhr abends stand das erste Dragonerregiment der Kaiserlichen unter lautem Trompetenblasen vor dem Schottentor. Die Schlacht, die Belagerung, Wiens größte Not, waren aus.

Verlassen von Kaiser und Reich hat sich Wien unter der Leitung eines Dandegens, dessen Begriffe sich in Bewahrung der militärischen Disziplin und des Reglements erschöpften, verzweifelt gewehrt. Die 16.000 auf den Wällen, die haben es geschafft. Mit wenig Pulver und Blei, mit viel Blut, Fleisch und Knochen. Tapfere Herzen, die zu brechen wußten.

Starhemberg erhielt als Belohnung hunderttausend Taler, dreitausend Dukaten einen unschätzbaren Diamantring, das Goldene Vlies, ein verbessertes Wappen. Die sechzigtausend Infanteristen, die nach dem großen Warden übriggeblieben sind, eine „Gratifikation“ von vier Gulden fünfzig Kreuzer pro Kopf.

Das war Oesterreich!

Der Papageienpaß

Auf den Tod von Neuwort erregte kürzlich ein Papagei mit seinem eingelernten Ruf: „Ich habe einen richtigen Paß“ große Heiterkeit. Das Tier sprach die Wahrheit, denn jeder per Bahn, Schiff oder Flugzeug in Amerika eintreffende Vogel hat einen regelrechten Paß zu besitzen, den sich die Poststelle und ein Angestellter des Biologischen Instituts sehr genau ansehen. Es werden auf diese Weise täglich mehr als tausend Vogelpässe geprüft. Da die Einreisegelder mindestens 50 Cent betragen und da für wertvolle Tiere sogar 20 Prozent ihres Wertes erhoben wird, kann Amerika jährlich durch Vögel 250.000 Dollar einnehmen. Am häufigsten sind Pässe für Kanarienvögel, denn von ihnen kommen ungefähr 75.000 nach Amerika. Australien liefert pro Jahr etwa 50.000 Papageien und Kakadus. Natürlich wird mit allen Mitteln versucht, die strengen amerikanischen Bestimmungen zu umgehen, und es gelingt nicht selten, einen auf der schwarzen Liste stehenden Vogel im letzten Augenblick am „Betreten“ amerikanischen Bodens zu hindern.

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILONE

Er näherte sich, mit einigen Arbeitern in lebhaftem Gespräch.

Er war in Arbeitskleidern, die Jacke über dem Arm, eine Wasserwaage in der Hand; ein Meterstab stand aus seiner Hosentasche, die Stiefel waren von Kalk verbrannt, Hosen und Schultern von Wisp und Kalk bedeckt.

Niemand, der den Impresario nicht kannte, hätte geglaubt, daß dies der reichste Mann unserer Gegend und das Haupt der Gemeinde sei. . . . Obgleich er unsere Anwesenheit bemerkte hatte, fuhr er fort mit den ihn begleitenden Arbeitern zu diskutieren und zu schreiben.

„. . . Wenn der Fuhrmann auf seine Ladung nicht besser aufgepaßt und weiter die Ziegelsteine zerbricht, werde ich ihn mit den Scherben bezahlen. Was will er eigentlich? . . . Den Lohn für den letzten Monat? . . . Freiheit! Meint er vielleicht, daß ich durchbrenne? Statt daß er sich bedankt, daß ich ihm, in einer Krise, Arbeit gebe! . . . Die Zementarbeiter wollen keine zehn Stunden Arbeit machen? Ah so? Zehn Stunden am Tag sind wohl zu viel? Ich habe einen zwölf-Stundentag! Ich, der Unternehmer, arbeite zwölf Stunden am Tag. . . .“

„Rosalia.“ schrie er gegen die Villa, woraufhin die Frau sofort auf dem Balkon erschien. Rosalia! . . . Hat der Architekt die Pläne gebracht? Wie? . . . Er ist beim Bankett? Aber die Pläne hat er nicht gebracht? Glaubt der denn, daß ich ihn zahle, damit er sich vollfrischt? . . . Hat der Stationsvorstand den Frachtbrief gebracht? Hat ihn nicht gebracht? Diesen Puffikus muß man nach Calabrien verschicken? . . . Warum denn? . . . Wegen des Banketts? Wegen welchen Banketts? . . . Ah, meinst du das zu meiner Ernennung? . . . Bedauere, aber ich hab keine Zeit. Kann keinesfalls kommen, muß unbedingt noch einmal zum Nachtmeister. . . . Die Gäste werden belüchelt sein? Aber nein, das werden sie bestimmt nicht. Die kenne ich, gib ihnen zu trinken, mehr zu trinken, dann werden sie nicht gekränkt sein. Pah nur, die kenne ich. Und er ging, ohne stehen zu bleiben, ohne uns anzusehen,

am Tor des Hauses vorüber und nahm das Gespräch mit den ihn begleitenden Arbeitern wieder auf. Seine Art zu handeln und zu sprechen war imponierend.

„Wahrhaftig.“ dachte ich, „wenn dieser Räuber noch zwei Jahre hier bleibt, wird er alles und alle beherrschen. . . .“ Antonio Jappa lief ihm nach und rief uns Frauen zu: „Wartet hier!“

Wir sahen ihn hinter dem Gerüst des Hauses verschwinden und warteten darauf, daß er wiederkäme. Mittlerweile hatten sich die betrunkenen Gäste auf dem Balkon der Villa versammelt.

In der Gruppe der Advokaten war Don Circofanza, im feinen Hut, mit köstlicher Trinkenase, absteigenden Ohren, den Wank im dritten Stadium, am auffallendsten. Es ist ja nichts Neues, daß unsere Advokaten zum Bankett in Hosen besonderer Art erscheinen, Harmonika- oder Akademiker-Hosen genannt, die anstatt einer, drei Knöpfreihen haben, und dem Befehl des langsam runder werdenden Wankes gehorchen. . . .

Das erste Stadium wird meist bei der pasta asciuta erreicht, das zweite beim Braten, das dritte beim Döfen. Heute waren die Hosen von Don Circofanza, Don Pomponio, Don Cuccavascio, Don Taradella und vom Denker alle im dritten Stadium.

Raum hatte Don Circofanza uns erkannt, so machte er schon eine feierliche Verbeugung:

„Heil, heil meine Fontamaren.“ schrie er.

Don Circofanza hatte für die Leute von Fontamara immer ein besonderes Wohlwollen gehabt. Alle ihre Streitigkeiten waren durch seine Hände gegangen. Daher war auch der größte Teil der fontamarenesischen Eier und Hühner in Don Circofanzas Küche gewandert. Einmal, als nur die des Lesens und Schreibens Kundigen abstimmen durften, war ein Schullehrer ins Dorf gekommen, der allen Cafoni das Schreiben von Don Circofanzas Namen und Vornamen beibrachte. Seither stimmten alle Fontamarenen immer geschlossen für ihn. Mit dem besten Willen hätten sie keinen andern wählen können, denn sie konnten nur „Don Circofanza“ schreiben. Später wurde überhaupt nicht mehr gewählt, aber keiner von uns ging deshalb ins Wasser.

Desse ungeachtet behielt Don Circofanza den Namen: „Freund des Volkes“.

„Die Anwesenheit dieser tüchtigen Frauen von Fonta-

mara.“ sagte Don Circofanza zu den Herren, die mit ihm auf dem Balkon versammelt waren, „erlaubt uns das Telegramm, daß wir an das Staatsoberhaupt zu schiden beschloffen haben, zu vervollständigen.“

Dabei zog er ein Stück Papier aus der Tasche, notierte etwas und las dann mit lauter Stimme:

„Obrigkeit und Bevölkerung begrüßen, brüderlich vereint, die Ernennung des neuen Podesta.“

Als wir merkten, daß die Gäste anfangen, sich von Donna Rosalia zu verabschieden und im Begriff waren fortzugehen, ohne sich überhaupt mit uns beschäftigt zu haben, und ohne daß der Impresario zurückgekommen war, rief uns die Geduld. Entschlossen, niemanden mehr durchzulassen, ehe unsere Sache geklärt und die Garantie gegeben war, daß der Bach nicht abgeleitet wurde, saßen wir vor dem Gartentor Posten und schrien:

„Schämt euch, das arme Volk so zu behandeln! . . . Diebe! . . . Diebe ihr! . . . Auch wir sind Christenmenschen! Seit heute morgen sind wir auf den Beinen, ohne daß jemand uns anhört! . . . Gott im Himmel wird euch dafür strafen! . . . Unser Herrgott wird euch dafür züchtigen! . . .“

Gleichzeitig griffen zwei oder drei von uns nach Steinen und schleuderten sie gegen ein Fenster im ersten Stock. Die Scheiben flogen. Durch das Altrenz nur noch wütender gemacht, stürzten wir anderen zu einem Backsteinhaufen beim Gartentor. Jetzt bekamen es die Betrunkenen, die eben aus dem Garten treten wollten, mit der Angst und Schrecken wieder ins Innere des Hauses. Die zu Tode erschrodene Magd schloß hastig die Türen der übrigen Fenster.

Da hörten wir plötzlich hinter uns die ruhige Stimme des Impresario:

„Was habt ihr mit meinen Backsteinen vor? Diese Steine gehören mir und ihr dürft sie nicht nehmen, nicht einmal zu meiner Steinigung. . . . Außerdem sehe ich absolut keinen Grund zu dieser Prozedur. . . . Hier bin ich und werde euch jede gewünschte Aufklärung geben. . . .“

Sofort brachten wir die Steine auf ihren Platz zurück und berieten den Garten der Villa. Auf der einen Seite standen wir, auf der andern der Impresario, umringt von seinen betrunkenen Gästen, denen der Schrecken noch immer in den Knochen saß.

(Fortsetzung folgt)

Deutschlands Isolierung von England aus gesehen!

Dr. D. G. London, 12. Sept. 1933.

Die englische Presse ist nicht gleichgültig; aus ihr erhält nicht das einseitige Gedudel, das man heute aus dem deutschen Pressewald vernimmt, allerdings auch nicht die schrillen Mißstände, die wir aus der letzten Zeit der deutschen Republik im Ohr haben. Damals wurde die Pressefreiheit von einer gewissen Journalistik auf der äußersten Rechten wie der äußersten Linken in der üblichsten Weise mißbraucht, um politische Gegner auf rein persönlichem Gebiet anzufressen und um die Arbeit der Regierung in der Innen- wie in der Außenpolitik nicht etwa nur zu kritisieren, sondern regelrecht zu sabotieren. Welch anderes Bild in der englischen Presse, gewiß, auch dort werden politische Gegner scharf angegriffen, aber welche himmelweitere Unterschied im Ton gegenüber den Pöbeleiten, die wir in der deutschen Presse gewohnt waren und heute noch in fast schlimmerer Form aus der Nazipresse gegen Marxisten, Pazifisten, Juden usw. hören. Auch in der englischen Presse wird die Regierung von der Opposition nicht gerade mit Glacéhandschuhen angefaßt; und doch auch die Opposition zeigt im allgemeinen genügend Selbstdisziplin — vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik — um der oft scharf angegriffenen Regierungspolitik eine Chance zu geben. Da sind natürlich keine Instruktionen nötig, die sich die englischen Journalisten energisch verbitten würden, sondern nur gute Informationen über die Absichten der Regierung.

So kann man bis zu einer gewissen Grenze die englische Außenpolitik aus den Pressestimmen erkennen. So spiegelt sich auch die Haltung Englands gegenüber Deutschland deutlich in der großen Presse wieder. Anfang Mai, als Deutschland drauf und dran war, die Abrüstungskonferenz zu sprengen, erfolgte in der englischen Presse ein regelrechtes Trommelfeuer gegen Deutschland, das von einigen Parlamentariern, so vor allem der Rede des englischen Kriegsministers, unterstützt wurde. Nach Hitlers „Friedensrede“ vom 17. Mai wurde das Trommelfeuer plötzlich abgeblasen. Englands Politik ging darauf hinaus, zwar ein gesundes Mißtrauen zu bewahren, aber doch Nazi-Deutschland eine neue Chance zu geben. Es begann sogar ein gewisser Druck auf Frankreich, nun seinerseits Konzessionen in der raschen tatsächlichen Abrüstung zu machen; und selbst in der Frage der Rüstungskontrolle lehnte England damals zunächst den französischen Vorschlag einer händigen Kontrolle ab, und wollte nur auf Antrag eine Kontrolle vornehmen. Hier machte man Hitler eine Chance, die Isolierung außenpolitisch zu durchbrechen. Er hat sie nicht genutzt, konnte sie wohl auch nach den inneren Gesetzen seiner Bewegung nicht nutzen. Er verschärft nicht nur den Terror im Inneren durch allerhand mittelalterliche Maßnahmen und verstärkte so den moralischen Abscheu in England, er begann auch seine Angriffspolitik gegen Desterreich. Nun schenkte neue Attaken in England ein, die den diplomatischen Schritt, der gemeinsam mit Frankreich unternommen wurde, vorzubereiten. Dieser diplomatische Schritt endete mit einer englisch-französischen Niederlage und einem — allerdings heute in einem zweifelhaften Licht erscheinenden — Erfolge Mussolinis. Trotz der unverminderten deutschen Angriffe gegen Desterreich drängte nun die englische Presse nicht mehr zu neuen diplomatischen Schritten, sondern überließ entsprechend der englisch-französischen Regierungspolitik alles weitere Mussolini. Nur der „Manchester Guardian“ warnte vor der Gefährlichkeit dieser Politik.

Inzwischen begann sich eine neue, jetzt immer klarer werdende politische Offensive gegen Deutschland zu entwickeln. Ganz planmäßig berichteten die englischen Zeitungen von dem wachsenden aggressiven Geist in Deutschland. Alle nationalsozialistischen Reden wurden kommentarlos registriert. Jeden Tag konnte man z. B. in der „Times“ irgend einen Bericht über deutsche Grenzverletzungen oder Wählerleien gegen die kleineren Nachbarstaaten (Dänemark, Schweiz, Holland, Belgien, Tschechoslowakei) lesen. So wurde der Abscheu gegen den aggressiven Geist des deutschen Faschismus geweckt und gleichzeitig das Verständnis für den französischen Standpunkt in der Rüstungsfrage. Auch über die geheimen Rüstungen wurde gelegentlich berichtet, wenn auch hier im allgemeinen mit einer gewissen Zurückhaltung. England will offenbar den Versuch machen, hinter den Kulissen auf diplomatischem Wege, Deutschland von seiner Rüstungspolitik abzubringen, und die Regierung fürchtet durch vorzeitige Veröffentlichung des in ihrem Besitz befindlichen Materials in Hitler-Deutschland das Prestigebedürfnis anzustacheln und dadurch mit seinen diplomatischen Schritten zu scheitern. Ob diese vorsichtige Politik den Nazis gegenüber, denen nur die kräftige Faust imponiert, richtig ist, ist eine zweite Frage. Aber zweifellos geht die englische Politik in dieser Richtung. Auf der anderen Seite ist dagegen England jetzt bereit, ebenso wie Amerika, den französischen Kontrollvorschlag anzunehmen, wenn Frankreich sich verpflichtet, nach einer nicht zu langen Probezeit, in der die Wirksamkeit der Kontrolle festgestellt werden soll, selbst ernsthaft abzurufen. Die englisch-französischen Beziehungen sind heute so eng wie seit langem nicht. Das besagt auch der folgende, zweifellos auf besten Informationen beruhende Bericht der „Times“. Dort heißt es u. a.:

Der Hauptwunsch der französischen Regierung ist es, die volle Unterstützung durch Großbritannien bei der Wiedereröffnung der Abrüstungskonferenz zu gestalten. Und die Notwendigkeit einer eindeutigen Verständigung wird in britischen Regierungskreisen vollumfänglich anerkannt. Die britische Regierung ist jetzt, wie man hört, bereit, grundsätzlich die französische Ansicht sich zu eigen zu machen, wonach eine ständige und automatische Rüstungskontrolle auf internationaler Grundlage vorhanden sein muß, ehe an weitere Abrüstung gedacht werden kann. Und sie mag vielleicht auch die Bedingung annehmen, daß die Wirksamkeit einer solchen Kontrolle während einer mehrjährigen Probezeit erwiesen werden muß. Man erwartet indessen, daß die britische Regierung erklärt, daß die Annahme des französischen Kontrollsystems durch sie durch ein endgültiges Einvernehmen erlangt werden muß dahingehend, daß die französischen Rüstungen am Ende der Probezeit herabgesetzt werden, falls das Kontrollsystem zufriedenstellend arbeitet sowie daß diese Herabsetzung klar bestimmt und wesentlich sein müsse. Eine Vorbedingung muß allerdings auch darin liegen, daß die europäische Situation Anlaß zu Vertrauen gibt.

Es wird die erste Aufgabe der französischen und britischen Vertreter bei den Vorbereitungen sein, sich über diese Punkte zu einigen, so daß die Gewähr gegeben ist, daß kein Mißverständnis und keine Meinungsverschiedenheit besteht, die es möglich machen könnte, daß ein Keil zwischen die französische und britische Delegation in Genf getrieben werden könnte. Wenn die französischen und britischen Delegierten in vollem Einvernehmen nach Genf gehen können und vielleicht sogar mit italienischer Unterstützung,

dann kann, so meint man, die Annahme der internationalen Kontrolle als eine klare Angelegenheit präsentiert werden, und die Regierung ist gezwungen, ihre wahren Absichten zu enthüllen. Wenn sie ein faires und ernsthaftes Angebot ablehnt, an einem System sich zu beteiligen, das allen Mächten gegenüber in gleicher Weise angewandt wird, dann ist es klar, wo die Schuld für den Zusammenbruch liegt.

Was die Geheimrüstungen anbelangt, so heißt es, daß die britische Regierung zwar die Vorarbeiten der französischen Regierung in dieser Frage teilt, aber ihren Einfluß gegen eine vorzeitige Aufrollung dieser Frage in die Waagschale werfen wird.

Aus der Diplomatensprache überfetzt, heißt das alles nichts weiter, als daß man jetzt dabei ist, eine englisch-französische Einheitsfront, an der Amerika sicher und Italien vielleicht teilnimmt, zu formen und dann in Genf Nazi-Deutschland eine Art Ultimatum zu stellen. Deutschland wird also entweder eine wirksame Rüstungskontrolle schlucken müssen und seine Geheimrüstungen abblasen lassen, oder es wird als Schuldiger dastehen.

Noch gründlicher behandelt „Manchester Guardian“ das Problem der Isolierung Deutschlands und der Zurechtweisung der europäischen Lage; die Zeitung widmet dieser Frage zwei lange Artikel, aus denen nur ein paar Sätze zitiert werden sollen:

„Der Wandel in den Beziehungen zwischen Frankreich und England seit dem Beginn des Hitler-Regimes ist im wesentlichen psychologisch. Heute ist mehr Sympathie für Frankreich in England als jemals seit dem Kriege. Viele Franzosen, denen seit Jahren ihre Presse geraten hat, den antifranzösischen und prodeutschen Engländern zu mißtrauen, sind jetzt über-ratet über den Wechsel, so sehr, daß sie kaum glauben, er könne von Dauer sein. Sie übersehen die Tatsache, daß das, was ihre Presse „antifranzösisch“ nannte, nur anti-Poincaré oder anti-Tardieu war, und daß dann, wenn England prodeutsch zu sein schien, es lediglich aus seinem Friedenswillen heraus entschlossen war, Deutschland — dem Deutschland Stresemanns und Brüning — eine Chance zu geben; die Chance, die ihm zufam.

Englands Haltung Frankreichs gegenüber ist natürlich heute anders als vor zwei Jahren oder selbst vor einem Jahr. Die übliche englische Kritik an der französischen Abrüstungspolitik ist heute nicht mehr im gleichen Maße wie früher angebracht. Während es möglich war, an den guten Willen eines Mannes wie Brüning zu glauben, kann das Deutschland Hitlers nur Mißtrauen erwecken. Und man ist heute darüber einig, daß die Franzosen, wenn sie auch in der Vergangenheit mit ihren verwickelten und schwer handlichen Sicherheitsplänen der Abrüstung Hindernisse in den Weg legten, heute mehr als berechtigt sind, ein wirksames und zuverlässiges Kontrollsystem zu fordern.“

Nachdem Frankreich als eine der Hauptstützen der Demokratie und der Freiheit in der Welt bezeichnet worden ist, heißt es weiter:

„Ein Franzose ist heute ein freier Mann; ein Deutscher ist entweder ein Sklave oder ein Sklavenhalter. Seit Deutschland sich zum Militarismus bekennt hat, ist Frankreich in den Augen der Welt der Hauptkämpfer des Friedens in Europa. In der Vergangenheit wurden seine Friedenssicherungsverfahren ... oft und mit Recht kritisiert. Aber wenn Krieg in der Luft liegt, ist es zu spät, alles kritisch die Methoden derer unter die Lupe zu nehmen, die den Krieg abwenden wollen. Außerdem herrscht jetzt Einverständnis darüber, daß heute keine Zeit für territoriale Revision ist, am allerwenigsten, was Deutschland anbelangt. Wer will kühn genug sein, einige dieser polnischen „Untermenschen“ des Danziger Korridors unter deutsche Herrschaft zu bringen, nach der Erfahrung, die die jüdische „Minderheit“ unter der Naziherrschaft hat machen müssen?

Ob nun die französische Methode im Prinzip gut oder schlecht ist, es kann kein Zweifel bestehen, daß Frankreich heute sich bemüht, den Frieden in Europa zu sichern. Wie? Einfach dadurch, daß es Deutschland, das einzige Land in Europa, das ernstlich Krieg will, isoliert.“

General von Westrem Aus dem Reiche des Statthalters Sprenger

Neulich las man in der Frankfurter Presse eine kurze Notiz, in der das Ausscheiden des Generals von Westrem aus dem Amt des Frankfurter Polizeipräsidenten mitgeteilt wurde. Von Westrem habe, so hieß es, die ihm kommissarisch gestellte Aufgabe mit großem Fleiß und Geschick durchgeführt. Mit der abgeschlossenen Durchführung erlöse das Kommissariat des Generals. Mit andern Worten: der General wird feierlich abgeleitet, nachdem er sich in den Augen der Nazibonzen während seiner Probezeit nicht bewährt hat. Warum hat v. Westrem sich nicht bewährt? Welches sind die wirklichen Gründe seiner so plötzlich erfolgten Kalifstellung? General von Westrem ist ein Militär der alten Schule. Streun, diszipliniert und korrekt; der Typ eines hohen preussischen Soldaten. Für seine ganze Einstellung ist ein Vorfall bezeichnend, der sich abspielte, als er in sein neues Amt eingeführt wurde. Der General geht durch die Räume des Polizeipräsidentiums und läßt sich die leitenden Beamten vorstellen. Jeden fragt er nach der Art seiner früheren Beschäftigung, seiner beruflichen Vorbildung, seiner Kriegsverwendung im Felde. Man merkt, daß der General sich höchlichst wundert, als er fast überall die Erfahrung macht, daß die Beamten des P. P. über entsprechende polizeiamtliche Vorbildung verfügen und im Weltkrieg in vorderster Front standen.

Schließlich bricht sich sein Erstaunen in den Worten Bahn: „Das ist aber merkwürdig. Ich habe gedacht, hier läßen lauter Parteibuchbeamte, Gewerkschaftsangehörige usw. Aber das ist ja garnicht wahr, was mir berichtet wurde. Meine Herren, ich hoffe, wir werden gut zusammenarbeiten.“ Dem früheren Leiter der Politischen Polizei, Kriminalrat M. gegenüber äußert er bei der ersten Vorstellung: „Ich weiß, Sie sind ein tüchtiger Beamter. Ich weiß auch, daß Sie kein Nationalsozialist sind. Aber mir kommt es in erster Linie nicht auf die Parteizugehörigkeit, sondern auf die Qualifikation des Beamten an. Deshalb werde ich Sie halten, obwohl Sie Sozialdemokrat sind.“ Es kam aber doch anders. Der Allgewaltige, der Herr Reichsstatthalter Sprenger, sorgte für die Entlassung dieses Kriminalrates.

Es versteht sich, daß diese korrekte und sachliche Einstellung des Polizeipräsidenten v. Westrem der maßgebenden Nazi-

bande sehr wenig genehm war. Die Clique um den Reichsstatthalter und Gauleiter Sprenger betrachtet ihn mit steigendem Mißtrauen. Kleine Intriguen werden gesponnen. Man schwärzt Westrem bei seinem Chef Göring an. Sprenger, ein notorischer Käufer, beanstandet Westrems Bier- und Kognakrechnungen, die in der Kantine anstehen. Der Konflikt zwischen dem korrekten Militär und dem Gauleiter nimmt schärfere Formen an, als die Einführung der Hilspolizei akut wird. Die gesamte Belegschaft des Polizeipräsidentiums, Schupos und Kriminalbeamte, lehnt einhellig die Aufstellung dieser überflüssigen, vom polizeilichen Standpunkt wehrlosen und zudem kostspieligen Truppe ab. Der Präsident, der die Bedenten seiner Beamten vollkommen versteht, stellt sich unverzüglich und offen auf ihre Seite. Es gelingt ihm, die Aufstellung der Hilspolizei einige Zeit hinauszuzögern — dann liegt der Wille des Gauleiters Sprenger. Frankfurt bekommt seine Hilspolizei. Die Lage spitzt sich zu. Von Düsseldorf kommt ab und zu der dortige Polizeipräsident und SS-Gruppenführer Weigel, der früher Chauffeur in Frankfurt am Main war und seiner brutalen „Schlagfertigkeit“ den märchenhaften Aufstieg in der NSDAP. zu verdanken hat, in die Mainstadt, um Privatrate an seinen Gegnern zu nehmen.

Wenn Weigel in Frankfurt am Main erscheint, verschwinden auf geheimnisvolle Weise Menschen aus ihren Wohnungen, aus den Betrieben.

Aufrechte Nationalsozialisten, die sich Kritik an der korrupten Clique Weigel-Sprenger erlauben, werden nächsterweilhaft einsperrt, unter Morddrohungen jämmerlich verprügelt. Der Polizeipräsident v. Westrem bekundet offen seine Absicht, diesen unerhörten Zwischenfällen mit polizeilichen Mitteln ein Ende zu machen. Weigel-Sprenger reagieren darauf mit der unverblümten Forderung, Westrem möge Döstlinge, die sich in Polizeigewahrsam befinden, darunter Nationalsozialisten, ihnen zur „privaten Behandlung“ überlassen. Westrem weigert sich voller Entschiedenheit. Sein Sturz ist beschlossene Sache.

Zwei Ereignisse treten ein, die den Konflikt zu offenem Ausbruch bringen. Ein dsterreichischer Arbeiter wird von der Sprenger-Garde verhaftet und in das SA-Heim am

Mozartplatz verschleppt. Passanten hören Todeschreie aus dem Haus und alarmieren telefonisch das Polizeipräsidentium. Der General schickt sofort das Heberfallkommando nach dem Mozartplatz und findet es verbarricadiert, die SA verweigert der Polizei den Eintritt. Der Präsident, von seinen Beamten in Kenntnis gesetzt, verlangt kategorisch die Doffnung des Hauses. Die SA weigert sich weiter, verspricht aber, den verhafteten Arbeiter der Polizei zu übergeben und führt das auch aus:

In einer Riste, als zerstückelte Leiche, wird er den wartenden Beamten angeliefert.

Nun begehrt der General auf und verlangt schärfste Bestrafung der Mörder — aber Reichsstatthalter und Gauleiter Sprenger hält seine schützende Hand über sie, kein Mörder kann verhaftet werden.

Nur darauf wird in dunkler Nacht der frühere Abgeordnete Schäfer, der Entführer der Porzlimer Blutdofamente, von SS-Leuten aus dem Darmstädter Gefängnis geholt, auf Frankfurter Gebiet verschleppt, in bestialischer Weise zusammengestoßen, durch einen Revolverkugeln in den Hals erledigt und schließlich vor einen fahrenden Zug geworfen.

Schon früher war Schäfer verhaftet und sah eine Zeitlang im Frankfurter Gerichtsgefängnis, wo ihm nichts geschah und von wo aus er wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Nun liegt seine Leiche bei einem Tunnel in der Nähe Frankfurt, schrecklich zugerichtet und verstümmelt. Die Zeitung meldet Selbstmord des Dr. Schäfer. Der Frankfurter Polizeipräsident, General von Westrem, erscheint mit seinen Beamten am Tatort und äußert ebenso bewegt wie unvorsichtig zu einem anwesenden Reporter: „Das ist der gemeinste politische Mordmord, der je passiert ist; ich werde nicht eher ruhen und rasten, bis ich die feigen Mörder gefast habe.“

Die feigen Mörder sitzen in den Kreisen, über die Herr Reichsstatthalter Sprenger seine schützende Hand hält. Der General ahnt es, und die Empörung des alten Soldaten gegen die gemeintenen Intriguen und feigen Mordschreien arriierter Zivilisation schlägt in ihm hoch, als er dieser Clique nunmehr den offenen Kampf ansagt. Der Ausgang ist nicht zweifelhaft. Korrekte Beamte haben in der Nazibürokratie keinen Platz. Kurze Zeit später melden die Blätter, daß das Kommissariat des Generals von Westrem erloschen sei, und die Stadt Frankfurt wartet zur Zeit auf einen Polizeipräsidenten, der etwas weniger Korrektheit besitzt als der General, aber desto mehr Charakterlosigkeit, um das willenlose Werkzeug des Herrn Reichsstatthalters abgeben zu können.

Die Schüsse von Bacharach

Der Mord an Muchow und die Hintergründe

Wir berichteten gestern, daß der Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront, Reinhold Muchow, von dem Sturmbannführer Wähling in einer Weinstube in Bacharach erschossen worden ist. Wir wiesen bereits kurz darauf hin, daß die amtliche Darstellung über den angeblichen Unglücksfall, an sich schon höchst unwahrscheinlich, den Tatsachen nicht entspricht.

Die Angel für Muchow war seit langem gegossen. Muchow war der Führer des radikalen sozialistischen Teiles der Naziartei.

Der erst 28jährige hatte eine auffallend glänzende Laufbahn hinter sich. Schon früh wurde er stellvertretender Leiter der Betriebszellenorganisation. Seine Zeitschrift „Das Arbeiterium“ errang sich außerordentliche Verbreitung. Er war es, der den schlagartigen Ueberfall auf die freien Gewerkschaften vom 2. Mai 1933 in allen Einzelheiten vorbereitete. Er war der geneigte Leiter der kommenden neuen Arbeitsfront. Sehr zu seinem und seiner Anhängererger wurde ihm der hysterische und trunksüchtige Akademiker Dr. Ley vor die Nase gesetzt.

Ley wurde Führer der Deutschen Arbeitsfront. Muchow trat in den Hintergrund und erhielt als Trostpries den Posten eines Leiters des Organisationsamtes der Arbeitsfront.

In der Folgezeit entspann sich zwischen ihm und Dr. Ley ein unerbittlicher unterirdischer Rivalitätenstreit, an denen die Naziabewegung so reich ist. Im Gegensatz zu Dr. Ley trat Muchow für die Forderung ein: Alle Macht der NSD! Mit der NSD, dachte er selbst dann allmählich die Spitze zu erklettern. Dagegen suchte Dr. Ley die Gewerkschaften zu halten und bei ihnen nach der Vereinnahmung alle Organisationen zu konzentrieren.

Dieser Kampf zeitigte mitunter tolle Früchte. So ließ Muchow eines Tages sämtliche von Ley eingefegten Berliner Gewerkschaftskommissare des Einheitsverbandes durch die Berliner SS. verhaften, weil sie einer Auflösung der Gewerkschaft und der Ueberführung zum Gesamtverband Schwierigkeiten entgegensetzten.

Bezeichnenderweise wurden die damit noch vorhandenen Sekretäre der freien Gewerkschaft von der Haft verschont.

Sieger in dem Kampfe blieb Dr. Ley. Muchow mit seinen radikalen sozialistischen Plänen mußte in dem Ringen, in dessen Hintergrund Göring und Thälmann standen, unterliegen. Ueberall wurde die NSD. zurückgeworfen. Die Hauptaktionen Muchows im Ruhrgebiet, in Hamburg und Breslau wurden zerfallen. Göbbels selbst mußte ja die Nachrichten über die Ver-

haftung der NSD-Parteigenossen und deren teilweise Einlieferung in Konzentrationslager schließlich freigeben. Muchows Gegnerschaft zu den neuen Gewerkschaften bereitete ihm viele Feinde. Er war für eine rücksichtslose Vereinheitlichung und Zusammenlegung.

Dadurch sind viele Nazibonzen aus liebgewordenen Stellungen herausgeworfen worden. So sind allein durch ihn von den vier Kommissaren in der Leitung des Einheitsverbandes drei infolge der Zusammenlegung mit dem Gesamtverband postenlos geworden.

Muchow blieb ein Mahner an dem in tausenden Wahlversammlungen versprochenen Sozialismus. Ein unbequemer, gefährlicher Mahner, ein Mann mit Anhang unter den treuesten der braunen Garde.

Nachdem Hitler die zweite Revolution, gerade die Revolution Muchows, abgeblasen hatte, nachdem der Reichswirtschaftsminister Schmidt die neue Epoche des Kapitalismus ankündigte und die NSD. Herrn Thälmann überantwortet wurde, erschien der latentenlose Kreis um Muchow als ein bedrohlicher Gefahrenherd, als ein Explosivstoff im innersten Parteikörper, der ausgemerzt werden mußte.

Der Tod des achtundzwanzigjährigen Unterführers brachte die Befreiung von dem unangenehmen Druck. Die Angel von Bacharach fand einen zum Tode Gezeichneten. Die näheren Umstände des Mordes dürften nur durch einen Zufall aus dem sie verhüllenden Dunkel heraustraten.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet, daß der Sturmbannführer den Organisationsleiter und dieser den erhenen erschossen habe. Die amtliche Wolff-Meldung ist jedenfalls ganz falsch, da sie technisch unmögliche Dinge behauptet. Es ist ganz ausgeschlossen, daß beim Koppeln von Schüssen der in der Patronentafel befindliche Revolver losgeht und ein Unfall anrichtet. Und ebenso unwahrscheinlich ist, daß sich der Anrichter dieses Unfalls, ohne die Folgen abzuwarten, gleich auf der Stelle erschießt.

Aber zum ganzen Bilde paßt durchaus, daß die NSD. keine Mitgliederbeiträge mehr erheben darf und daher zum Untergang verurteilt ist.

Der Gipfel der Hinfälligkeit aber sind die Anordnungen, die Muchows Gegenspieler, Dr. Ley, als „Fraktionengebungen“ getroffen hat: Sämtliche Fahnen müssen bis zum 1. Oktober Franzosen abgeben — es sind in Wirklichkeit die Fremdenfabriken des Intransigenten und Korruptionärs über den Entschlossenen und Programmtreuen!

BRIEFKASTEN

Braunbuch. Die zweite Auflage des Braunbuchs ist leider noch nicht fertiggestellt. Der Verleger teilte uns heute mit, daß wir uns noch 8 Tage gedulden sollen. Der Versand unsererseits erfolgt dann sofort.

Grenoble, N. S. Wir freuen uns, auch in Grenoble so aufmerksame und so kritische Leser zu haben. Da und jede Selbstgerechtigkeit fehlt, so sind wir auch dann dankbar, wenn man uns nach unserer Auffassung unrecht tut. Das Wort „ewig“ kann mißbraucht werden, aber wenn man möglichst kurz und präzise ausdrücken will, daß sich eine bleibende und unvergängliche Idee immer gegen Ungeist und Gewalt behaupten wird, so ist es durchaus am Platz. Um so mehr, wenn der ganze Kaffay sehr sachlich und sehr ernst gehalten und kein Samen Korn Hitler'schen Schwulstes darin aufgegangen ist. Über schon gehen wir das Wort „Gedankengut“ preis. So etwas trifft im Alltagstempo schon einmal durch. Die Glossen über D. und W. verwenden wir gerne. Im übrigen: Händebrud. Der „begeisterten Leserin Ihres Wahrheit verkündenden Blattes.“ Das ist die Mischung, die uns mobilisiert: Freundlichkeit, Kritik und Mitarbeit, wenn man was zu sagen hat.

Schorrer. Sie teilen uns über die Nazibetteln in Deutschland mit: Eine Apotheke erhält den Auftrag, auf so und so viel Ailo Ripirin und eine Drogerie auf einige Hundert Liter Petroleum, Spiritus usw. für Arbeitslager. Darunter steht, wir hoffen, daß sie keine Rechnung stellen und diese Artikel dem nationalen Aufbauwerk spenden, weder Konzentrationslager für ihren Chef. Das ist kein Einzelfall. Auch die Drohung mit dem Konzentrationslager an Unternehmer, die genug Nazis einstellen, ist keine Seltenheit.

M. Amsterdam. So aufmerksamen Lesern wie Ihnen muß man für jede Kritik dankbar sein. Da sie selbst Redakteur waren, werden Sie die Ursache des kleinen Betriebsunfalles erkennen. Natürlich haben wir längst bemerkt, daß uns die betreffende Zeitungsförderung oft als Quelle benimmt. Nicht haben Sie auch darin, daß sie uns öfter nennen könnten. Vielleicht nimmt sie Rücksicht auf ihre bürgerlichen Abnehmer. Wir sind nicht kleinlich.

Dr. H. und St., München. Sie müssen den Brief Ihres Bekannten in Bayern nur richtig verstehen. Er meint ganze Parteien offensichtlich nicht ernst. Wahrscheinlich hat er sich einen Durchschlag zurückbehalten, um jederzeit ein briefliches „Milit“ zu haben. Er ist belohnt genug, wenn ihn seine wissenschaftlichen Interessen zwingen, mit einem Franzosen zu korrespondieren.

Homburg. Das Gruppenbildchen haben wir erhalten und uns ein wenig in die Hitlergesichter vertieft, soweit dies bei soviel Oberflächlichkeit möglich ist. Unbegreiflich bleibt uns immer, warum solche Herren überhaupt Hakenkreuz-Abzeichen tragen; man sieht es doch ohnehin jedem an, daß er außerhalb europäischer Zivilisation steht.

F. S., Velle. Aber wo denken Sie hin? Solche Verordnungen werden im „dritten Reich“ immer streng durchgeführt. Und ist bekannt, daß A. S. das Konzentrationslager von Oranienburg von den wohlhabenden „Angehörigen der Schutzhaftlinge 4 Mark Verpflegungsgeld den Tag einsteht. „Wohlbaben“ ist jeder, der noch einen Rosgroschen hat. Die jämmerliche Verpflegung kostet vielleicht 50 Pfennige den Tag. Den Ueberfluß verstecken und verkaufen die SA. und SS-Gente.

Für den Gesamthof verantwortlich: Johann W. in Dudenweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

Festgottesdienst

nach deutschem Ritus. Orgel. Chor
PREDIGTEN IN DEUTSCHER SPRACHE

Rauschhaschonoh und Jaum kippuc 1933

im würdigen Saal Pleyel, 252, Faubourg St. Honoré, Paris 8

am 20., 21., 22., 29. und 30. September 1933

Karten gültig für alle 7 Gottesdienste 25,— bis 100,— Fr.

Vorverkauf bei: Durand & Co., 4, Place de la Madeleine. La Boite à Musique, 133, Boulevard Raspail. Agence Cook, 118, Avenue des Champs Elysées und im Saal Pleyel, 252, Faubourg St. Honoré

Geschäft

Schuhe u. Konfektion

mit langjährigem Vertrag und Wohnung,
krankheitshalber billig abzugeben.

Kaufhaus J. Krippner

Thann (Elsass, Frankr.), Hauptstr. 41

Das Braunbuch

ist wieder zu haben
Brochüret 18,— Fr.
Leinen 25,— Fr.
in der
Ausgabestelle der
„Deutschen Freiheit“
Straßburg, 51, Rue
St. Gotthard
(Versand nach allen
Ländern)

Teilhaber

(mitl.)
mit 2—300000 Fr.,
sucht elssas Firma,
Textil-Großh. zw.
Vergrößerung.
Seriose Angebote
unter Nr. 173 an d.
„Deutsche Freiheit“

Neue Artikel und Patente

meldet an, finanziert und verwertet in

FRANKREICH

Office de Brevets

10, Rue Paquet . PARIS 16^e

GEGRÜNDET 1915 Rückporto beifügen!

Abonniert die Deutsche Freiheit

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

		im Monat	Einzelverkauf
Saargebiet	fr. Fr.	12,—	0,60
Frankreich	fr. Fr.	12,—	0,60
Luxemburg	belg. Fr.	15,—	0,70
Belgien	belg. Fr.	15,—	0,85
Neubelgien (Eupen-Malmédy)	belg. Fr.	12,—	0,50
Holland	fl.	1,50	0,12
Dänemark	Kr.	3,20	0,20
Schweden	Kr.	2,60	0,20
Schweiz	schw. Fr.	2,40	0,20
Oesterreich	Schilling	7,50	0,30
Tschechoslowakei	Kr.	30,—	1,20
England	sh	4,—	3 d
Palästina	sh	4,—	—
Spanien	Peseta	6,—	—
Polen	Zloty	4,20	—
Rußland	Rubel	1,—	—
Argentinien	Peso	3,—	—

Zu diesen Beträgen kommt noch das Porto

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Postgebühren vom Besteller mit dem Abonnementbetrag zu entrichten.

Inseratenpreise:

Der einspaltige Millimeter der neunspaltigen Inseratenseite 70 fr. Cts.

Druckerei, Verlag und Redaktion der

„Deutschen Freiheit“

sind in Saarbrücken, Postschließfach 776

Alle Anschriften, auch Offerten auf Inserate

sind nur an die obige Adresse zu richten!